

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 35.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 2. September 1911.

Redaktion: H. Heutmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Krefeld, Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Wohin?

Ist ein warmer Sonnenstrahl gewesen,
Lockte keusche Blüten leis hervor.
Kam der kalte Nord daher gezogen,
Und der Blüten zarter Keim erfror.

Ist im Innern mir so still geworden,
Und so stille ward mein junger Sinn.
Weiter geh ich meines Weges, weiter.
Wohin? . . .

Grete Filling.

Die Utopie vom sozialistischen Zukunftsstaat.

Die Sozialdemokratie erstrebt die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums und der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Sie hat sich dieses Ziel gesetzt, weil nur dadurch bewirkt werden könne, „daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Massen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde“.

Dies das sozialistische Endziel nach dem Erfurter Programm. In den verlockendsten Farben hat die sozialdemokratische Agitation dieses Endziel den Massen geschildert. Welche geradezu phantastischen Vorstellungen die Lehre vom Zukunftsstaat in manchen sozialdemokratischen Köpfen erzeugt hat, davon gibt nachstehende, in glühenden Farben entworfenene Schilderung ein treffendes Bild:

„Ihr Arbeiter, ihr werdet eint auf eigenem Wagen fahren, mit eigenen Schiffen touristisch die Meere durchkreuzen, in Alpenregionen klettern und schönheitsstrunken durch die Gelände des Südens, der Tropen schweifen, auch nördliche Zonen bereisen; oder ihr sauft mit eurem Luftgepäck über Erden im Wettflug von Wolken, Winden und Sternen dahin. Nichts wird euch mangeln, keine irdische Pracht gibt es, die euer Auge nicht schaut. Fragt ihr aber, wer euch solches bringen wird? Nun: einzig und allein der sozialdemokratische Zukunftsstaat. . .“ (Soziald. Festzeitung zur Maiseier, Hannover 1904.)

Tausende und Abertausende von Arbeitern wurden durch diese Lehre vom sozialistischen Endziel geradezu hypnotisiert. Der Glaube an den sozialistischen Zukunftsstaat, an die „endgültige Befreiung des Proletariats aus den bedrückenden Banden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“, heftete sie an das Banner der „völkerbefreienden“ und „völkerbeglückenden“ Sozialdemokratie. Die Lehre vom Zukunftsstaat war eines der besten und zugkräftigsten Agitationsmittel für die Partei. Bebel's Roman über den Zukunftsstaat in seinem Buch „Die Frau“ hat zweifellos mehr sozialistische Ueberzeugung geschaffen, als es die beißende Marx'sche Kritik an der bürgerlichen Ökonomie vermocht hat. Bebel's Buch „Die Frau“ ist auch heute noch das gelesenste in den sozialdemokratischen Bibliotheken.

Auf die Frage, wie denn der Zukunftsstaat beschaffen sein werde, auf die Aufforderung, wenigstens in groben Umrissen das Gerippe dieses Zukunftsgebäudes zu zeichnen, geben die Partei, das Parteiprogramm, keine Antwort. Kautsky sagt hierüber in seinem Buch „Das Erfurter Programm“ (1908, 145): „Wie diese (große Staats-) Genossenschaft sich entwickeln wird, darüber nachzudenken ist keineswegs überflüssig, aber was bei diesem

Nachdenken herauskommt, ist Privatsache jedes einzelnen, ist nicht Parteisache.“ Verschiedentlich haben denn auch Parteigenossen versucht, ein Bild des Zukunftsstaates zu entwerfen. Kautsky selbst hat verschiedene Bücher geschrieben, um der Welt darzulegen, wie es „am Tage nach der Revolution“ aussehe, was da zu tun sei und wie sich so herrlich und schön entwickeln werde. In der Parteipresse (Rheinische Zeitung Nr. 186, Freie Presse, Straßburg, Nr. 185) erschien 1907 eine Abhandlung über den Zukunftsstaat, die u. a. besagt: „Das Einzige, was wir als feststehendes Postulat (Forderung) für die zukünftige Gesellschaft kennen, ist, daß sie keine Warenproduktion haben, daß in ihr nicht gekauft noch verkauft werden soll.“ Von der Zukunfts-Gesellschaft wird dann gesagt, daß sie nur kommunistisch sein könne.

„Nichts soll käuflich sein, auch keine Arbeitskraft! Kein Lohn wird gezahlt, sondern die Produktionsmittel sind Gemeingut der Gesellschaft, und jeder arbeitet daran nach Maßgabe seiner Kräfte und Fähigkeiten in freiwilliger Einordnung in die kollektive Arbeit, die im größten Maßstab über die ganze Gesellschaft hin organisiert wird. Das gleiche gilt aber auch für den Konsum. Die Menge Arbeit, die einer leistet, hat nichts zu tun mit der Menge von Gütern, die er verzehrt. . . Wir können uns keine Gesellschaftsordnung vorstellen, in welcher die volle und freie Entwicklung der Persönlichkeit so gewährleistet wäre, wie in dieser, wo jeder selbst bestimmt, was und wieviel er arbeiten, was und wieviel er genießen will.“

Die Partei lehnt die Verantwortung für derartige weltfremde Phantastereien ab. Wohl aber duldet sie die Propagierung solcher Ideen. Jahrzehntlang hat man die Arbeiter damit betört. Es geschieht auch heute noch. Dieses Spiel ist um so gewissenloser, als die sozialdemokratischen Führer selbst an die Verwirklichung dieser Ideen längst nicht mehr glauben. Sie wissen, daß die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens andere Bahnen eingeschlagen hat, als sie das Erfurter Programm vorsieht. Das hat bereits im Jahre 1905 der „Zimmerer“, das Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes (Nr. 22), offen zugegeben mit den Worten: „Es ist eine offenkundige Tatsache, die sozialdemokratische Partei befindet sich seit langer Zeit in einer unangenehmen Situation, die in der nächsten Zeit noch schlimmer zu werden droht. Ihre wichtigsten theoretischen Lehrsätze haben sich als unhaltbar bezw. zweifelhaft herausgestellt. . . In den Arbeitermassen ist zwar noch ein verhältnismäßig starker Glaube an diese Lehrsätze vorhanden, aber in den Kreisen der Parteiführer nicht und jedenfalls nicht in der politischen Arbeiterpresse.“ Der Sozialdemokrat und Revisionist Fischer bezeichnete im Aprilheft der „Sozialistischen Monatshefte“ (Jahrgang 1904) den Gedanken, die ganze privatkapitalistische Produktion, „dieser ungeheuren Mechanismus, der aus Hunderttausenden und Millionen von Rädern und Rädchen besteht, die sich im Verlaufe von einem halben Jahrtausend ineinandergesügt haben, in wenigen Tagen, Monaten oder Jahren übernehmen und neu organisieren zu wollen“, als Wahnsinn. Der sozialdemokratische „Bauhilfsarbeiter“ gesteht in Nr. 32/1907: „Die Sozialisierung der heutigen Gesellschaft ist noch nicht möglich, das Ideal ist noch in weiter Ferne, die Knochen der heute lebenden Lohnsklaven werden längst vermodert sein, wenn einmal der verheißene Tag anbrechen sollte.“ Daß der „Bauhilfsarbeiter“ an diesen Tag überhaupt nicht mehr glaubt, beweist sein „wenn einmal. . .“. Jenen Schwärmern aber, die im sozialistischen Zukunftsstaat den Himmel auf Erden sehen, ruft der Sozialist Franz Lauffötter in den „Sozialistischen Monatsheften“ Nr. 21 1908 zu: „Auch im Zukunftsstaat wird mit Wasser

gekocht werden, und auch dort werden die Menschen keine Engel sein, sondern Menschen mit menschlichen Schwächen und Mängeln bleiben. Ueberhaupt wird der Zukunftsstaat in Wirklichkeit ganz anders aussehen, als der Utopist ihn ausmalt. Die Menschen werden auch dort intensiv arbeiten müssen, um ihre gesteigerten Bedürfnisse zu decken, es wird auch dort ein Zwang zur Arbeit geben und eine Kontrolle über die Leistung.“

Einzelne Sozialdemokraten sind noch weiter gegangen. Sie haben den Nachweis erbracht, daß das sozialistische Endziel gar nicht realisierbar ist. So z. B. Bernstein. Die Genossen berufen sich zum Beweis der Durchführbarkeit ihrer Ideen besonders gern auf unsere industriellen Riesenbetriebe. Diese gerade sollen heute schon zur Vergesellschaftung reif sein. Bernstein tritt dem entgegen. In einem im April 1909 in Amsterdam gehaltenen Vortrag, der später als Broschüre unter dem Titel „Der Revisionismus in der Sozialdemokratie“ im Buchhandel erschien, fragt er: „Kann man Weltindustrien verstaatlichen? Was würde das heißen? Kann der moderne Staat Werke übernehmen, deren Geschäfte zum größten Teil spekulativer Natur sind? Werke, die mit ihren Erzeugnissen und Ausführungsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt als Konkurrenten auftreten und im Kampf um Absatz und Aufträge alle die schönen Eigenschaften der Konkurrenz entwickeln?“ Und wenn der Staat das weder will noch kann, dürfte man es dann darauf ankommen lassen, diese Geschäfte in einer gesellschaftlichen Katastrophe dem Verfall zu überliefern? Auch das sei unmöglich. Bernstein beschäftigt sich dann auch mit der von Kautsky vertretenen Ansicht, daß die freiwillige Preisgabe der Fabriken von Seiten der Fabrikanten eine der ersten Folgen der Revolution der Arbeiterklasse sein würde. „Gewiß“, sagt Bernstein, „das ist sehr wohl möglich, und ich gebe zu, die Expropriation würde auf diese Weise sehr billig kommen. Die Frage ist nur: Sollen oder können dann die Arbeiter die Fabriken, die der Staat nicht übernehmen kann, ihrerseits übernehmen und mit Erfolg weiter betreiben? Und nach allem, was wir bisher darüber gesehen haben, kommen wir notgedrungen zu der Folgerung, daß die Arbeiter die Fabriken weder übernehmen wollen, noch können. Die so billig exproprierten Fabriken würden in einer Revolution leere Hüllen sein.“

Mit dem „Endziel“ der Sozialdemokratie sieht also windig aus. Tatsächlich ist die Sozialdemokratie von der Verwirklichung desselben weiter entfernt denn je. Davon, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf wachsen, kann keine Rede mehr sein. Im Gegenteil. Unsere heutige Wirtschaftsordnung steht innerlich gefestigt da. Der Zusammenschluß der Arbeitgeber, die Kartellierung und Syndizierung der Industrie hat die Produktion und die Marktverhältnisse übersichtlich gestaltet und in geregeltere Bahnen geleitet. Die Entwicklung des Tarifwesens wird die Konsolidierung von Industrie und Gewerbe weiter begünstigen. Das wird ja von den Genossen selbst fast bei jeder Lohnbewegung zugestanden. Von einem Zusammenbruch ist unsere Wirtschaftsordnung also noch weit entfernt.

Die Sozialdemokratie wäre übrigens in allerletzter Linie geeignet, den von ihr erträumten Zukunftsstaat zu verwirklichen. Glaubt sie dem wirklich, in ihren Reihen jenes hierzu doch unbedingt nötige Maß von freiwilliger Unterordnung, von Selbstdisziplin vorzufinden? Sie, die von jeher systematisch danach strebt, jedes Autoritätsgefühl zu untergraben? Wir verweisen nur auf gewisse Vorgänge innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaften, auf die sich häufenden Rebellionen der Masse gegen die Führer, auf die Behandlung, die letzteren manchmal von

ihren eigenen Genossen zuteil wird. Wer das alles aufmerksam verfolgt, den beschleicht ein leises Grauen bei dem Gedanken an eine zukünftige Herrschaft dieser Massen. Das wird wohl selbst schon bei manchem der „roten“ Führer der Fall gewesen sein.

Doch, wie gesagt, die Genossen glauben ja selbst nicht mehr an den Zukunftsstaat. Dieser dient ihnen lediglich noch als Agitationsmittel. Das gestand auch unlängst in Nr. 34 der „Neuen Zeit“, dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie, Genosse Kautsky selbst ein. Er sagt da ganz offen heraus, daß die ganze sozialdemokratische Zukunftsmusik nur — zu propagandistischen Zwecken — da sei, d. h. nur Agitationszwecken diene. „Rezepte für die Garküche der Zukunft abzufassen, Vorschriften ausfindig zu machen, die genau durchzuführen wären, sollen die bestehenden Mißstände verschwinden“: das sei eine „utopische Methode“, also, das seien Hirngespinnste, das führe zu nichts. Das ist an sich ganz vernünftig. Aber, wenn dem so ist, wie kommt dann die Sozialdemokratie dazu, dennoch seit Jahrzehnten frisch und munter „Rezepte für die Garküche der Zukunft“ auszugröbeln und sie der Welt als „unfehlbare, unter allen Umständen wirksame Rezepte“ unermüdet anzupreisen? Ja, Kautsky selbst hat, wie wir bereits betonten, Bücher über Bücher geschrieben, in welchen er darlegt, wie sich die Dinge nach dem Tage der Revolution gestalten werden. Doch Kautsky gibt uns Aufklärung über seine Beweggründe. Jene „Rezepte“ sagt er in der oben erwähnten Nummer der „Neuen Zeit“ nackt und deutlich, sind nur — für die Propaganda der Gegenwart“ bestimmt. Beileibe nicht sind sie etwa dafür aufgestellt, daß sie in Zukunft etwa durchgeführt werden sollen. Ganz energisch wehrt sich Kautsky gegen diesen Gedanken. „Und wollten wir ihnen etwas vorschreiben, so würden sich unsere Nachkommen nicht darum kümmern, sondern auf Grund ihrer späteren, nicht unserer jetzigen Einsicht urteilen.“ Seiten ist von der Sozialdemokratie selbst die innere Unwahrhaftigkeit der sozialdemokratischen Taktik und „Volksaufklärung“ in so zynischer und offener Form zugegeben worden, wie es hier durch Kautsky geschieht. Die Sozialdemokratie hat den Massen den christlichen Glauben, der ihrem Leben inneren Gehalt gab, aus dem Herzen gerissen. An dessen Stelle gab er ihnen das Bahugebilde vom Zukunftsstaat. Mit dieser Illusion betörte er die Massen und verstand es, diese für seine Bestrebungen und Ziele zu begeistern. Wahrhaftig, ein größerer Betrüger ist noch nie an den unteren Volksmassen begangen worden, wie hier durch die Sozialdemokratie.

Nach mehr. Während die christliche Arbeiterschaft von jeher bestrebt war, von der Abfassung von „Rezepten für die Garküche der Zukunft“ abzusehen, und „auf Grund der Einsicht und der gegebenen materiellen Mittel der Gegenwart“ praktische Lösungen für die Fragen der Gegenwart zu suchen und zu schaffen, hat die Sozialdemokratie ihre ganze Taktik nach ihrem unheilbar gewordenen Erörterungsprogramm, nach ihren Zukunftsphantastereien eingerichtet. Auf den Trümmern der heutigen Gesellschaftsordnung will die Sozialdemokratie ihre Ziele verwirklichen. Daher lehnt sie die Reformierung der Zustände in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ab. Sie stellt sich außerhalb der politisch schaffenden Kreise. Das heutige Staatswesen mag und will aber existieren, es hat eine Widerstandsfähigkeit, die von den sozialdemokratischen Theoretikern nicht vorausgesehen wurde. Was ist die Folge? Die Sozialdemokratie entzieht dem deutschen Arbeiterstande ungeheurer wertvoller Kräfte, ohne dieselben nutzbringend zu verwenden. Sie wird so zur Drohung im politischen Leben, die die Arbeiter um ihren staatsbürgerlichen Einfluß bringt. Wenn die Regierung sich will und durch die Arbeit im Arbeiterstande Politik machen darf, dann ohne und gegen dieselben mit anderen Volksgruppen. Das Minimum an politischem Einfluß bei der deutschen Arbeiterschaft kommt in einem übermäßigen Einfluß bei anderen Volksgruppen zum Ausdruck. Die Sozialdemokratie will die Interessen der Arbeiter wahrnehmen und bejagt in Wirklichkeit die Geschäfte der übrigen, insbesondere der reformgegnerischen Klassen! Die sozialdemokratischen Theoretiker imitierten, wie sie die Gesellschaft „aus den Angeln heben“ können, derweil diese sich nach Grundrissen ohne die Arbeiter einrichten kann.

So liegen in Wirklichkeit die Dinge. Die christliche Arbeiterschaft hat darum alle Veranlassung, die sozialdemokratischen Bestrebungen und die sozialdemokratische Taktik nach wie vor entschieden abzulehnen und an den alten bewährten Grundrissen ihrer Bewegung festzuhalten.

Jugendliche Arbeiter in der Textilindustrie Preußens.

Das Textilgewerbe ist in hervorragendem Maße eine Verdienstquelle für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen geworden. Die Verarbeitung des Textilmaterials vom Rohstoff bis zum fertigen Stück Ware erfordert eine Menge von Verrichtungen, die wohl von jugendlichen Personen ausgeübt werden können, weil sie nicht sonderlich kompliziert sind und körperlich nicht allzusehr anstrengen. Gerade in der Textilindustrie hat ja die Maschinenteknik ungeahnte Fortschritte gemacht, so daß die Warenherstellung immer mehr zerlegt und die Arbeit immer einfacher gemacht werden konnte. Das hat die Beschäftigung junger Leute wesentlich begünstigt. Um so mehr, als sie gleich Verdienst abwirft und oft genug die Not in der Familie den jungen Burleschen oder das Mädchen zwingt, früh zum Mitverdienst auszugehen. Oft genug sind auch die Eltern so sorglos, gewissermaßen aus Tradition, weil auch der Vater oder der ältere Bruder Textilarbeiter sind oder waren, den aus der Schule Entlassenen in die Fabrik zu schicken, anstatt ihn ein tüchtiges Handwerk erlernen zu lassen.

So lange es eine Textilindustrie gibt, hat sie jugendliche Personen in großer Anzahl herangezogen. Früher, als wir noch keinen gesetzlichen Arbeiterschutz kannten, Gewerkschaften noch nicht vorhanden, die Arbeiter ohne jeden Einfluß auf den Arbeitsvertrag waren, war die Beschäftigung von Kindern und jugendlichen Arbeitern in der Textilindustrie so arg, daß mit ihnen eine gewisse Losse und maßlose Ausbeutung getrieben wurde. Kinder mußten in ungeheuren Fabrikräumen 12, 14, 16, ja bis 18 Stunden für einige Groschen arbeiten. Körperlich wickten sie bald dahin, ihr Gedankenleben wurde getötet, ihre seelischen Empfindungen erstikt. Wir können als deutlich denkende und deutlich fühlende Arbeiter mit einer gewissen Genugtuung sagen, daß es in unserem Vaterlande doch nicht so schlimm als beispielsweise in England getrieben wurde.

Deutschland hat mit seinem Jugendarbeiterschutz verhältnismäßig früh angefangen. Dieser soll die schlimmsten Auswüchse in der Ausnutzung der Jugend beseitigen, sie vor den körperlichen und sittlichen Gefahren des Fabriklebens nach Möglichkeit schützen. Der Staat hat einsehen gelernt, daß er das heranwachsende Geschlecht nicht seelisch, geistig und körperlich verkümmern lassen darf, weil er sonst seinen ganzen eigenen Bestand in Frage stellen würde. Nun ist allerdings der deutsche Jugendarbeiterschutz noch nichts vollkommenes. Bewahre! Er ist des Ausbaues bedürftig, aber auch des Ausbaues fähig. Die Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, die ganzen Arbeitsverhältnisse der jugendlichen gründlich zu untersuchen, um den gesetzgebenden Körperschaften Vorschläge zur Verbesserung machen zu können. Die erste Sorge muß aber darauf gerichtet sein, daß wenigstens die bestehenden gesetzlichen Schutzbestimmungen voll zur Anwendung kommen. Denn das geschieht bei weitem nicht überall. Namentlich in jenen Orten und Bezirken nicht, wo die Arbeiter den Weg in die gewerkschaftliche Organisation noch nicht finden wollten, sie also keine Aufklärung über die Dinge erhalten, gegenüber dem Fabrikbesitzer keinen Rückhalt haben, den sozialen Strömungen und Gefahren überhaupt interesse- und gedankenlos gegenüberstehen und den Arbeitgeber nur Gottes Wasser über Gottes Land gießen lassen.

Zunächst: Wie viele jugendliche Textilarbeiter oder Arbeiterinnen gibt es denn in Preußen? Wir geben hier eine zahlenmäßige Uebersicht aus dem Jahre 1910. Es waren in der Textilindustrie Preußens beschäftigt Personen im Alter

	Bis 14 Jahre	14—16 Jahre	16—21 Jahre	Zusammen in den Altersklassen
Männlich . . .	445	15 343	181 653	197 441
Weiblich . . .	403	21 862	61 798	84 063
Zusammen . . .	848	37 205	243 451	281 504

Die Zahlen veranschaulichen zunächst die große Bedeutung, die die jungen Leute — männliche wie weibliche — in der Textilindustrie einnehmen. Die Zahl der männlichen Arbeiter überwiegt in Preußen; in der Textilindustrie ganz Deutschlands jedoch stehen sich weibliche und männliche Personen annähernd gleich, die Zahl neigt aber von Jahr zu Jahr mehr nach der Seite der weiblichen hin.

Für die Personen dieser Altersklassen, namentlich bis zum 16. Lebensjahre, sind nun besondere gesetzliche Schutzbestimmungen getroffen. Wir müssen bezüglich der Einzelheiten der Bestimmungen auf den Artikel in Nr. 24 der „Textilarbeiter-Zeitung“ verweisen.

Zagreich sind auch in der Textilindustrie die Uebertretungsfälle. 59 mal wurden Personen beschäftigt, die das für Arbeiter unter 21 Jahren vorgesehene Arbeitsbuch gar nicht bejaßen oder nicht in Ordnung hatten. In 417 Fällen waren die Namen der jugendlichen Personen nicht in die gesetzlich vorgeschriebenen Verzeichnisse eingetragen.

Und diese Vergehen milderer Natur und vielleicht nur auf Unkenntnis oder Nachlässigkeit zurückzuführen, so sind die, wo es sich um eine wirkliche mißbräuchliche Ausnutzung der jungen Menschenkinder handelt, schon ärger und gefährlicherer Natur.

In 9 Fällen mußten die Gewerbeinspektoren Kinder unter 14 Jahren von der Beschäftigung ausschließen, weil diese ihrem körperlichen, geistigen und sittlichen Wohlbefinden direkt gefährlich war. In 102 Fällen wurden für 1212 Personen die Bestimmungen betr. der Pausen nicht innegehalten. In einem Falle wurden sogar zwei Jugendliche in geschwindiger Weise nachts beschäftigt. Im ganzen wurden in 467 Anlagen Zuwiderhandlungen ermittelt.

Trotz dieser häufigen Uebertretungen sind nur 18 Fälle von gerichtlicher oder polizeilicher Belangung bzw. Bestrafung vorgekommen. Das zeugt von einer Milde im Vorgehen, die nicht immer am Platze ist. Fast übereinstimmend klagen die Gewerbeinspektoren über die Polizei oder die Gerichte, die es manchmal veräumen, den Arbeitgeber, der die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet, mit einer genügenden Strafe zu belegen. Dadurch würde den Zuwiderhandlungen geradezu Vorschub geleistet.

Wir Arbeiter müssen in allen Lagen auf die strenge Innehaltung der Bestimmungen zum Schutze jugendlicher Textilarbeiter dringen. Es kommt die Gesundheit unseres Nachwuchses in Frage, die Sicherheit unseres nationalen Fortschrittes und Wohlfstandes.

Englands „Freihandel“.

Von den Gegnern der Schutzpolitik wird häufig auf England verwiesen, das seine blühende Industrie und seinen ausgebreiteten Handel trotz oder gerade wegen seines „Freihandels“ habe. Was ist Wahres daran? Ist England denn Freihandelsstaat? Selbst, wenn wir unter Freihandel nur jede Zollfreiheit verstehen, ein Begriff, der viel zu enge gefaßt ist, kann England den Anspruch auf Freihandelsstaat nicht erheben. Viel weniger aber, wenn wir unter Freihandel verstehen, daß Handel, Gewerbe und Industrie ohne jede Protektionsmaßnahme, ohne jeden Schutz des Staates, ganz aus eigener Kraft sich ihren Weg bahnen und vorantommen müssen. In diesem Sinne ist die englische Handelspolitik eher alles andere als freihändlerisch.

Zunächst hat England sehr hohe Finanzzölle auf alle diejenigen Waren, die im Lande selbst nicht hergestellt werden. Diese Finanzzölle bringen dem englischen Staatshaushalte bald soviel ein, wie die Einnahmen aus unseren ganzen deutschen Schutzzöllen betragen. Dann aber hat England manche tief einschneidende Maßnahmen zum Schutze der heimischen Industrie vor der ausländischen Konkurrenz getroffen, die zum Teil viel schärfer sind und viel abschließender wirken als unser deutsches Schutzsystem.

Als mit den 80er Jahren die deutschen Waren in England einzudringen begannen, erregte das den Unmut der englischen Fabrikanten. Sie riefen die Regierung um Hilfe an. So wurde im Jahre 1888 das Gesetz betr. die Einfuhr ausländischer Waren (speziell mit Rücksicht auf die deutsche Konkurrenz) geschaffen. Seit der Zeit mußte jede aus Deutschland eingeführte Ware die Bezeichnung „made in Germany“ (gemacht in Deutschland) tragen. Man wollte damit die deutschen Waren, die man minderwertig und schlecht schalt, im Handel verpöhlen. Aber das Gegenteil wurde erreicht. Die Bezeichnung made in Germany ist zu einer Schutzmarke für deutsche Waren auf dem englischen Markte geworden, die ihr zu einem weiteren Kundenkreis verholfen hat. Jetzt ist zur Erschwerung der ausländischen Einfuhr nach England die Bestimmung getroffen, daß jede ausländische Ware durch die Bezeichnung „gemacht im Auslande“, gekennzeichnet sein muß.

Als trotz dieser Protektionsmaßnahmen, die schon mehr schikanöse Mittelchen sind, deutsche Waren sich auf dem englischen Markte behaupteten und eine immer größere Verbreitung fanden, machte ein jüngerer Engländer die Entdeckung, daß die deutsche Konkurrenzmöglichkeit nur in der Billigkeit der Produktion liegt, da diese vielfach Gefängnisarbeit sei. 1897 wurde, wieder mit Rücksicht auf die deutsche Konkurrenz, ein Gesetz geschaffen, daß die Einfuhr von Gefängnisarbeit verbietet. Die englischen Macher haben es verstanden, namentlich die Arbeiter für dieses Gesetz warm zu machen.

Ein weiteres Glied in der Kette der englischen Schutzmaßnahmen ist das englische Patentgesetz vom Jahre 1909. Das Gesetz gewährt zunächst nur englischen Patenten vollen Schutz. Ausländische Patente sind vor der freien Ausbeutung nur dann geschützt, wenn sie im Ausland, d. h. in England selbst, hergestellt worden sind. Das hat zunächst eine fremdländische Kapitalzufuhr nach England zur Folge. Ausländische Patentbesitzer sind gezwungen, wenn sie ihre Erfindungen in England ausnutzen wollen, hier Fabriken zu errichten. Sind dadurch gezwungen, der englischen Bevölkerung Arbeit zu geben, dem englischen Staate und englischen Kommunen Steuern zu zahlen, an der Entwicklung von Englands Wirtschaftsleben und an der Konkurrenz gegen ihr eigenes Heimatland mitzuwirken.

Gewiß, ein eigentliches Schutzsystem hat England nicht. Es hat seine Landwirtschaft zugrunde gehen lassen und sich ganz auf die Industrie eingerichtet. Aber es ist dabei doch zu berücksichtigen, daß England auf dem Markte industrieller Erzeugnisse bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts hinein gar keine Konkurrenten hatte. Es brauchte also das Eindringen fremder Waren gar nicht zu fürchten und konnte sich konkurrenzlos den Markt erobern. In dem Maße, als die Konkurrenz kam und wuchs, nahmen die staatlichen Protektionsmaßnahmen und auch die Stimmen für ein regelrechtes Schutzsystem zu. Dann ist Eng-

land im Vergleich zu Deutschland viel mehr Handels- als Industriestaat. Es hat ferner in vielen Industrien einen natürlichen Vorrang gegen beispielsweise Deutschland. Die englische Textilindustrie z. B. kann aus natürlichen Gründen besser konkurrieren als die deutsche. Wir verweisen auf den Artikel „politische Interessengegenstände in Nr. 32 dieser Zeitung. Dann aber hat England seine bedeutenden Kolonien, deren industrielle Entwicklung es lange zu verhindern versucht hat. Hier hat England ganz bedeutende Absatzmärkte für seine Waren. Zwar führten die Kolonien später Schutzzölle ein, jedoch mit einer Begünstigung des Mutterlandes. Das Mutterland hat in seinen Kolonien Vorzugszölle eingeräumt bekommen, wodurch auch das Aufkommen einer Kolonialindustrie ersichtbar ist. Deffentliche Einrichtungen, zum Beispiel Eisenbahnen, Schiffe usw., dürfen nur mit Erzeugnissen hergestellt werden, die aus dem Mutterlande kommen. So hat sich England, wenn auch nur in beschränkter Maße, seine Ausfuhrmöglichkeiten gesichert.

Seit vielen Jahren hat England außer Waren und Menschen auch bedeutende Mengen Kapital ausgeführt, namentlich nach industriell unentwickelten oder direkten Bauernländern und sich dadurch bedeutende Absatzmärkte erworben. Denn wo sich Kapital hinbegibt, werden die Waren bald folgen. In fast allen Ländern sieht englisches Kapital, jenseits infolge dessen Abnehmer englischer Industrieerzeugnisse.

Nicht minder hat die englische Entente-Politik (Verständigungspolitik), die namentlich der verstorbenen König Eduard so meisterhaft zu pflegen verstand, den englischen Handel ungemein gefördert. Gerade in jenen Ländern, mit denen England diese Politik verbindet, finden englische Waren naturgemäß einen im Vergleich zu Waren anderer Länder leichteren Absatz. Dann darf schließlich nicht die Bedeutung der großen englischen Flotte, die viele Meere beherrscht und den Verkehr von einem Ende der Welt zum anderen verbindet, für den gesamten englischen Handel außer acht gelassen werden.

England hat also keine eigentlichen Schutzzölle, wohl aber Finanzzölle, hat ferner ein ausgedehntes Protektionssystem für seinen Handel und seine Industrie. Es gibt eine Menge natürlicher oder rein politischer Umstände, die Englands Industrie den Absatz sichern oder doch ihn begünstigen. Darum ist ein Vergleich des englischen „Freihandels“ mit dem deutschen Schutzollsystem einfach deplaziert. Seine Landwirtschaft hat England zwar gar nicht geschützt. Sie ging fast total zugrunde. Aber heute schon empfinden weite Kreise des englischen Volkes all die Schäden der einseitigen industriellen Entwicklung. Und wer glaubt, daß man im „freihändlerischen“ England billiger und besser esse und lebe als im schutzollnerischen Deutschland, befindet sich in einem großen Irrtum. Das Vermögen selbst ultra-radikal sozialdemokratische Freihändler nicht abzuleugnen.

Die Krefelder Seiden- und Samtindustrie und Färberei im Jahre 1910.

II. Die Lohnverhältnisse.

Wie aus dem Bericht zu ersehen ist, hat die Samtweberei in allen Teilen Fortschritte zu verzeichnen. Erfreulich ist, daß auch der Lohn gestiegen ist. Die Gesamtlohnsumme stieg um fast eine halbe Million. In der Stoffweberei haben die Verhältnisse nicht so günstig gelegen. Hier stieg die Gesamtlohnsumme nur um ein kleines.

In den letzten 4 Jahren wurde an Gehältern gezahlt:

	1907	1908	1909	1910
Samt	Hand: 186 710	123 247	99 215	100,658
	Mech.: 2 754 241	2 357 491	2 083 087	2 578 486
	2 920 951	2 480 738	2 182 302	2 679 144
Stoff	Hand: 2 099 921	1 615 522	1 753 732	1 704 941
	Mech.: 4 826 047	4 375 262	5 038 185	5 292 897
	6 925 964	5 990 784	6 791 917	6 997 838

In Samt wurde die Summe von 1907 noch nicht erreicht, trotz der bedeutenden Steigerung gegenüber 1909.

In Stoff ist die Lohnsumme für die mechanische Weberei gegenüber den Vorjahren nicht unwesentlich gestiegen, trotzdem bleibt die Gesamtlohnsumme für Hand- und mech. Weberei zusammen gegen 1907 ebenfalls noch zurück. Auf den einzelnen Stuhl berechnet ergibt sich für die mechanische Weberei folgendes:

	1907	1908	1909	1910
Samt	1258 M.	1220 M.	1197 M.	1362 M.
Stoff	617 "	573 "	613 "	614 "

Diese Aufstellung zeigt, daß die Samtweberei auf den Stuhl gegenüber 1909 eine bedeutende Lohnsteigerung zu verzeichnen hat und von den Vergleichsjahren den höchsten Stand aufweist. In der Stoffweberei sehen wir mit Ausnahme von 1908 so ziemlich das selbe Verhältnis in den Lohnzahlen.

Da in den Samtwebereien jeder Weber einen Stuhl bedient, so können obige Zahlen als Durchschnittslohn eines vollbeschäftigten Samtwebers angesehen werden. Für die Stoffweberei ist eine genaue Berechnung pro Arbeiter nicht möglich, weil zum Teil Einstuhl- und zum andern Teil Zweistuhlsystem besteht und auch die Arbeiterzahl in dem Bericht nicht angegeben ist.

Bemerkenswert ist, daß in den Samtwebereien, obgleich Arbeit genügend vorhanden war, von den 2265 vorhandenen mechanischen Samtstühlen noch 601 außer Betrieb waren. Die Gründe hierfür sind unter anderem

auch darin zu suchen, daß einzelne Firmen keine Arbeiter bekommen können. Es ist daran aber nicht Arbeitermangel schuld, sondern die Zustände in den betreffenden Fabriken.

Die Stoffweber werden es nicht gerne sehen, daß die Verarbeitung von Kunstseide so enorm gestiegen ist. Während 1909 erst 7660 Kilo verarbeitet wurden, waren es 1910 schon 30251 Kilo. Hauptsächlich wird diese „Seide“ in der Qualität ebenfalls Fortschritte machen.

Betreffs der Statistik über die Färbereien heißt es in dem Bericht:

Die Krefelder Färberei hat im Jahre 1910 wiederum größere Mengen von Rohmaterial bearbeitet. Dies bezieht sich sowohl auf Seide, Schappe, Kunstseide, Baumwolle und Wolle, die für Krefelder Fabrikanten und Händler, als auch auf Seide, Schappe, Baumwolle und Wolle, die für auswärtige Fabrikanten und Händler gefärbt worden sind. Nur bei der auswärtigen Fabrikanten und Händler gefärbten Kunstseide findet sich eine um ein geringes niedrigere Ziffer vor. Die Stückfärberei weist nach den Zahlen im Berichtsjahre annähernd dieselbe günstige Lage auf wie im Jahre vorher. Es waren in der gesamten Färberei im Jahre 1910 182 Arbeiter mehr als im Jahre 1909 eingestellt. Die um 429 387 M. höhere Lohnsumme schließt die Löhne für diese hinzugekommenen Arbeiter, daneben aber auch eine im Dezember 1909 in Kraft getretene allgemeine Erhöhung der Arbeitslöhne in der Färberei um 7 1/2% ein. (Die Statistik umfaßt die hiesigen 35 Färbereien, dieselbe Zahl wie im vorigen Jahre.)

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug:

Jahr	1907	1908	1909	1910
	3055	3029	3223	3405

Die Gesamtlohnsummen betragen in den Jahren:

Jahr	1907	1908	1909	1910
	3 427 293 M.	3 197 443 M.	3 471 176 M.	3 900 563 M.

Die Menge des gefärbten Rohmaterials und der stückgefärbten Ware ist seit 1904 fortgesetzt gestiegen und betrug:

Jahr	1904	1905	1906	1907
	3 900 025 kg	4 585 073 kg	4 975 753 kg	4 991 167 kg
	1908	1909	1910	
	4 437 932 kg	5 416 436 kg	6 112 841 kg	

Aus den angeführten Zahlen läßt sich Lohn und Arbeitsquantum des einzelnen Arbeiters durchschnittlich berechnen. Diese Ausrechnung ergibt folgendes Bild:

Jahr	Lohn pro Woche und Arbeiter M.	Arbeitsquantum pro Arbeiter und Woche in Kilo	Lohn mehr oder weniger gegen 1904 M.	Mehr od. weniger an gefärbtem Material gegen 1904 in Kilo
1904	20,—	1466	—	—
1905	19,73	1577	— 0,27	+ 111
1906	20,50	1662	+ 0,50	+ 196
1907	21,55	1663	+ 1,55	+ 197
1908	20,28	1465	+ 0,28	— 1
1909	20,71	1680	+ 0,71	+ 214
1910	22,02	1795	+ 2,02	+ 329

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß der Lohn zwar relativ gegen 1904 um 2,02 M., gegen 1909 um 1,31 M. pro Arbeiter und Woche gestiegen ist, jedoch pro Kilo bedeutend weniger bezahlt wird wie 1904. In 1904 entfielen auf das Kilo 71 Pfg. an Lohn, dagegen in 1910 nur noch rund 64 Pfg. Wie schon oben gesagt, sind über die Appreturen keine Angaben in dem Bericht enthalten und können deshalb darüber keine Betrachtungen angestellt werden.

Wenn auch die Handelskammer in den letzten Jahren im allgemeinen günstig berichten konnte, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Krefelder Industrie zu sehr von der Mode abhängig ist und daher leicht Schwankungen unterworfen ist. Großes Vertrauen zu einem stetigen, guten Geschäftsgang kann man nicht hegen. Im Interesse beider Teile, Arbeitgeber und Arbeiter, ist aber eine weitere günstige Entwicklung nur zu wünschen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Christlich-national gesinnte Radfahrer und Freunde der Jugend, die Augen auf! Die beiden letzten Jahrzehnte haben die Sozialdemokratie in stiller, aber rastloser Werbearbeit gesehen. Offen und rücksichtslos tritt die Sozialdemokratie nur in jenen Gegenden hervor, wo sie die Gegner nicht so sehr zu scheuen hat. Listig und schlau aber wie der Fuchs geht die Partei des Umsturzes ans Werk, wo sie Gefahr läuft, wegen ihrer verwerflichen Ideen nicht ins Volk zu kommen. Turn-, Gesang- und Radfahrervereine, sowie Sportvereine aller Art, denen man heuchlerisch ein (angeblich) neutrales Mäntelchen umhängt, müssen die Fingerringe darstellen, mit denen die arglistige Sozialdemokratie im Trüben fischt für ihre Zwecke. 140 000 Radfahrer umfaßt bereits der „Arbeiterradfahrerbund Solidarität“ mit dem Siege in Offenbach a. M. Und diese Organisation mit 140 000 Mitgliedern ist sozialdemokratisch! Sie ist eine sozialdemokratische Schutztruppe, die nicht nur für die Partei des Umsturzes wirkt in der deutschen Jugend, sondern die auch direkt die Arbeit der sozialdemokratischen Partei besorgt. „Die roten Hujaren“, so nennen sich die Mitglieder mit Vorliebe! Allerhöchste Zeit ist es, dieser Bewegung einen Damm entgegenzustellen. Darum hat sich der „Deutsche Rad- und Motorfahrerverband Concordia, e. V.“, Sitz Bamberg, gegründet, der es sich zur ersten Aufgabe gemacht hat, die deutsche sportliebende Jugend unter der Fahne des Christentums und der Vaterlandsliebe zu sammeln und dem unheilvollen Wirken einer roten Volks-

„Freunde“ entschieden entgegenzutreten. Fünfzehntausend Mitglieder hat die „Concordia“ im abgelaufenen Vierteljahre allein zugenommen und damit den Beweis erbracht, daß sie nicht nur existenzberechtigt, sondern auch existenzfähig ist. In 6000 Mitglieder zählt bereits dieser christlich-vaterländische Verband. Groß sind auch die wirtschaftlichen Vorteile (Versicherungen), die der Verband „Concordia“ bietet, es gibt unseres Wissens im Deutschen Reich keinen zweiten Verband, der bei gleichmäßigen Beiträgen so wertvolle wirtschaftliche Vorteile bietet, wie die „Concordia“. Alle Freunde der christlich-nationalen Ideale, insbesondere aber unsere Radfahrer, müssen es als Pflicht betrachten, der „Concordia“ beizutreten und in und mit ihr zu wirken — mit Gott für König und Vaterland, für Kaiser und Reich, zum eigenen Nutzen und Frommen!

Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands hielt vom 20.—22. August seine sechste Generalversammlung in München ab. Hier stand, wie bei so manchen unserer christlichen Gewerkschaftsverbände, die Wiege des Verbandes. Seitdem hat der Verband eine in Anbetracht der Verhältnisse gute Entwicklung genommen.

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1910 5107, am 30. Juli 1911 5328. Das ist seit der letzten Generalversammlung eine Zunahme von 1210 Mitgliedern. Außerordentlich günstig haben sich auch die Klassenverhältnisse entwickelt. Einschließlich eines Bestandes von 29381 M. betragen die Einnahmen 228 966 M. Für Unterstützungen wurden in zwei Jahren 70 644 M. ausgegeben. Davon für Streiks und Aussperrungen 42 144 M., für Krankheitsfälle 15 284 M., für Reise- und Arbeitslohnunterstützung 8619 M. Das Verbandsorgan erforderte 10 899 M. Das Vermögen des Verbandes beläuft sich auf 69 361 M. Lohnbewegungen hatte der Verband in den 1 1/2 Jahren 101 mit 2739 beteiligten Personen, Streiks und Aussperrungen 19 mit 567 Beteiligten. Von letzteren waren nur drei erfolglos mit 37 Mitgliedern. Die durch die Bewegung erzielten Erfolge, soweit sie sich ziffernmäßig erfassen lassen, machen pro Jahr 109 000 M. und eine Arbeitszeitverkürzung von 359 000 Stunden aus.

Aussperrung der christlich-organisierten Tabakarbeiter in ganz Westdeutschland. Einer Meldung der Tagespresse zufolge, soll nunmehr eine Aussperrung der christlich organisierten Tabakarbeiter in ganz Westdeutschland vorgenommen werden, nachdem die Aussperrung am Niederrhein bereits drei Wochen dauert. Nach den bisherigen Erfahrungen muß angenommen werden, daß ein Teil der führenden Personen am Niederrhein und besonders in Westfalen unter allen Umständen auf eine mit keinerlei stichhaltigen Gründen zu rechtfertigenden Kraftprobe mit dem christlichen Tabakarbeiterverbände hinarbeitet. Das geht aus dem ganzen bisherigen Verhalten hervor, gegenüber den fortgesetzten Bemühungen des christlichen Verbandes, eine Verständigung herbeizuführen. Zu Beginn der Bewegung wurde unausgesprochen betont, daß nur deshalb nichts bewilligt werden könne und die Aussperrung erfolgen werde, weil der Fabrikabschluss nicht vorstellig geworden sei. Als dann aber der Ausschuß zweimal vorgeschrieben hatte und fast kein Zugeständnis gemacht worden war, erfolgte die Aussperrung doch. Nun hatten, wie bereits kürzlich mitgeteilt wurde, am 17. August die ersten Verhandlungen von Organisation zu Organisation stattgefunden, in denen aber fast gar kein Entgegenkommen von den Arbeitgebern gezeigt wurde. Es war ausdrücklich vereinbart worden, in genannter Verhandlung nur die Differenzen bei der Firma Kasten zu besprechen, während die Forderungen der Arbeiter in einigen weiteren Betrieben erst durch den Fabrikabschluss vorgetragen werden mußten.

Nun wurden am 24. August die Ausschüsse auch vorstellig. Es geschah aber das Unerwartete: Eine Firma bestritt überhaupt, daß in der genannten Verhandlung eine solche Verabredung getroffen worden sei, eine andere bestritt die Verabredung nicht, behauptete aber, es sei die Bedingung gestellt worden, daß erst die Differenzen mit der Firma Kasten erledigt sein müßten, während eine Firma entprechend der vom Fabrikantenverband aufgestellten Forderung in die Verhandlungen mit dem Ausschuß eintrat. Daraus geht hervor, daß die Fabrikanten in der Sache den verantwortungsvollen Ernst vermissen lassen und ein gefährliches Spiel mit Zufügen treiben. Von größtem Interesse ist auch die Auffassung einer Firma ihrem Arbeiterausschuß gegenüber, daß, wenn jetzt andere Firmen etwas bewilligten, dann könnte auch die bestrittene Firma Kasten nicht mehr länger auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren. Ueberhaupt zeigten mehrere Fabrikanten, daß sie nicht abgeneigt wären, ihren Arbeitern auf die gestellten Forderungen entgegenzukommen. Daraus geht hervor, daß die überaus mächtig gehaltenen Forderungen bewilligt werden können, daß aber die Firma Kasten, von der die Differenzen ihren Ausgang nahmen, und einige andere Mitglieder des Arbeitgeberverbandes es unter allen Umständen auf eine Kraftprobe mit dem christlichen Tabakarbeiterverband abgesehen haben. Der Umstand, daß hier wegen eines Streiks bei einer Firma, deren beste Arbeiter nicht einmal auf 20 M. Wochenlohn kommen, eine solche umfangreiche Aussperrung vorgenommen werden soll, wird in der Öffentlichkeit nicht unbeachtet bleiben. Es sei auch nochmals auf die Tatsache hingewiesen, daß sich diese Aussperrung lediglich gegen die christliche Organisation richtet. Der sozialdemokratische Verband hat verschiedene Streiks, besonders in Westfalen geführt, ohne daß eine Aussperrung erfolgte.

Es ist nunmehr an der Zeit, daß sich die Kollegen aller Berufe mit den kämpfenden Tabakarbeitern solidarisch erklären. Es handelt sich vor allem darum, den in Betracht kommenden Firmen zu zeigen, daß die christliche Arbeiterschaft kein Interesse für Fabrikate hat, die aus Betrieben hervorgehen, die in schamloser Weise versuchen, aus einem solchen geringfügigen Anlaß den christlichen Verband zu unterdrücken. In erster Linie wird den Fabrikanten aus Kalbentkirchen gezeigt werden müssen, daß im Ruhrrevier, im Nachener, Gladbacher, Krefelder Bezirk, wohin sie ihre Waren hauptsächlich absetzen, eine viel tausendköpfige christliche Arbeiterbewegung ist, für die der Begriff Solidarität kein leerer Schall ist. Aber auch die Firma Oldenott in Rees werden sich die Arbeiter merken müssen, weil diese ganz offen erklärt, sie werde unter ihren Tabakarbeitern Auslese halten und keinen der kämpfenden Arbeiter mehr einstellen. Sie wird zu erfahren haben, ob die christlichen Arbeiter ihre von Streikbrechern hergestelltes Fabrikat noch rauchen wollen. Die Firma Kasten in Kalbentkirchen, welche bisher mit in erster Linie eine Einigung verhindert hat, ist dann weiter der besonderen Beachtung zu empfehlen. Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß sie ihre oft erprobte Solidarität den um ihr Recht kämpfenden Tabakarbeitern nicht versagen. Es wird gut sein, in allen Versammlungen auf die Unterstützung der Tabakarbeiter hinzuwirken.

Zur Zentralisation der katholischen Arbeitervereine. Einer solchen hat bekanntlich unlängst der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Kollege Stegerwald, das Wort geredet. Wir haben damals seine bemerkenswerten, in der „Sozialen Revue“ niedergelegten Ausführungen auszugswiese wiedergegeben. Der in diesen Ausführungen ausgesprochene Wunsch hat nun bereits in etwa praktische Gestalt angenommen. Gelegentlich des Katholikentages in Mainz wurde ein Kartellverband der katholischen Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands — unter Ausschluß von „Süd-Berlin“ — geschlossen. Herr Professor Hise, der allbekannte und verehrte Vorkämpfer christlicher Sozialreform, hat das Ehrenpräsidium übernommen. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ gibt den einzelnen Vereinen von der Gründung des Kartellverbandes Kenntnis und bemerkt dazu:

„So werden denn nunmehr die Verbände der Arbeitervereine des Südens, Westens und Ostens einen festen Bund der Einheit bilden zu einem kraftvollen gemeinsamen Wirken in Dienste der großen Sache der katholischen Arbeitervereine Deutschlands. Durch Austausch der Erfahrungen und Anregungen, durch gemeinsames Vorgehen in den Fragen der Sozialreform wird die geschlossene Einheit den Arbeitervereinen größere Kraft und Sicherheit verleihen, wird sie in der Öffentlichkeit zur wirkungsvollen Erscheinung bringen.“

So möge denn der neue Kartellverband unseren Mitgliedern neue Begeisterung geben zur Erstreben der hohen Ideale unserer Arbeitervereine, möge er die Grundlage werden zum erfolgreichen Ausbau eines selbst- und pflichtbewußten Standes, wo der Segen der Arbeit, wo Kraft und Licht des Christentums dem Leiblichen und geistigen Wohle der Arbeiter Halt und Gedeihen gibt.“

Dem schließen wir uns an. Durch diese Zusammenfassung der katholischen Arbeitervereine wird es auch weit eher möglich sein, ein systematisches Zusammenarbeiten zwischen diesen und den christlichen Gewerkschaften herbeizuführen. Um so mehr Veranlassung für unsere katholischen Kollegen, samt und sonders den katholischen Arbeitervereinen beizutreten und an deren innerer und äußerer Erstickung mitzuarbeiten.

Ein „zielbewußter“ Freihändler ist der „Textilarbeiter“, das Organ des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter. Er ist unentwegt im Kampfe gegen den Schutz Zoll. Bei allen Gelegenheiten zieht er mächtig gegen ihn vom Leder. Der Schutz Zoll ist ihm der Inbegriff aller handelspolitischen Reaktionen, alles wirtschaftlichen Übels. Das könnte aus Dutzenden von Zitaten bewiesen werden. Er verlangte die Entfernung Calwers als Lehrer an der Parteischule u. a. auch aus dem Grunde, weil dieser das Verbot begehre, entgegen aller sozialdemokratischen Tradition und Phrasen-Agitation für den Schutz Zoll einzutreten.

Nun bringt derselbe „Textilarbeiter“ in seiner Nr. 33 eine Notiz betr. den Streit über die Herabsetzung des Zolles für japanische Seidenstoffe im deutsch-japanischen Handelsvertrage, wo es zum Schluß heißt:

„Jetzt aber ist der Japaner ein Anrecht eingeräumt worden, auch ihre leichtesten undichten Gabutais zu 300 M. hier einzuführen, während sowohl Frankreich wie die Vereinigten Staaten von Amerika bei ihrer letzten Zolltarifrevision diese Gewebe in Anbetracht der Gefährlichkeit des japanischen Wettbewerbes auf diesem Gebiete gerade höher belastet haben. Wer weiß, daß die japanischen Arbeitslöhne in der Seidenindustrie knapp den vierten Teil der deutschen betragen, daß auch sonst die Erzeugungsstoffe viel geringer sind, der kann auch verstehen, wie sehr die deutsche Industrie unter diesem Wettbewerb leidet. Denn daß bei einem Erzeugungsstoffunterschied von fast 30 u. 5, ein Zoll von 300 M. etwa 5/2 u. 5. u. 5. einen Schutz bedeutet, wird ja wohl niemand ernstlich behaupten wollen.“

Daß sich der „Textilarbeiter“ plötzlich als frammer Schutz Zollner, sogar als Hochschutzzöllner vor dem die von der Regierung vorgesehene Zollhöhe nicht einmal hoch genug sind. Der Vorfall ist interessant genug, um festgehalten zu werden. Bisher konnte man nämlich im „Textilarbeiter“ nichts anderes als ein obdes und gedankenloses Geschwätz über den Verrat an den Interessen des Volkes durch den Schutz Zoll lesen.

Der Sozialdemokrat Schippel sagte auf dem Parteitag in Stuttgart ungefähr also: „Sicht der Schutz Zoll auf dem Regierungskarren, wird er verheßt, sieht der Freihändler auf dem Regierungskarren, wird er — auch verheßt.“

Auf den „Textilarbeiter“ scheint das wirklich akkurat zuzutreffen.

Rebellisch geworden. Die von uns in Nr. 33 unter vorstehendem Stichwort gebrachte Schilderung gewisser Vorkommnisse im Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftslager in Bremen, werden von dem beiduldigen Arbeitersekretär Meuthen wie folgt berichtet: Die Ortsgruppe Bremen III der Hirsch-Dunckerischen Maschinenbauer und Metallarbeiter existierte auch heute noch. Die Uebergetretenen seien lediglich solche, die wegen Schädigung des Gewerkschafts wegen Restieren der Beiträge oder wegen Betrügereien aus dem Gewerkschaft aus geschlossen wurden. Unwahr sei, daß im Gewerkschaft Agitation für die Fortschrittspartei oder für die „Bremer Nachrichten“ betrieben werde. Ebenso wenig habe Meuthen auf ein Mandat gehofft, da er nicht mal Bremer Bürger sei. Unwahr sei auch, daß der Gewerkschaft ein Pf. Geld von der Fortschrittspartei erhalten und daß die Anstellung des zweiten Beamten durch Herrn Karfmayr vermittelt worden sei. Der zweite Beamte sei durch die vorgeesehenen Instanzen ordnungsgemäß gewählt worden.

Die „Deutsche Textilarbeiter-Zeitung“, das Organ des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschafts der Textilarbeiter, meint, wir hätten die Notiz aus sozialdemokratischen Blättern abgedruckt. Das ist nicht wahr. Der Bericht ging uns direkt aus Bremen zu. Das Abdrucken überlassen wir andern. Die „deutsche Textilarbeiter-Zeitung“ weiß Bescheid. Wenn wir die Berichtigung nicht bereits in voriger Nummer gebracht haben, so war dies lediglich ein Versähen. Wer den Inhalt der „deutschen Textilarbeiter-Zeitung“ kennt, wird es uns nicht verübeln, wenn wir das genannte Blatt mal ungelesen beiseite legen. Und darauf ist zurückzuführen. Im übrigen wollen wir abwarten, was unser Gewährsmann auf die Berichtigung zu sagen hat.

Gewerkschaftsgelder für Parteizwecke. In Düsseldorf findet am 19. September eine Erziehung zum Reichstage statt. Auch die „freien“ Gewerkschaften werden zu den Wahlkosten der Genossen herangezogen. Wir haben schon über einen Zuschuß der Ortsgruppe der Bauhandwerker berichtet. Nun kommt auch die Düsseldorf Filiale des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter noch und schenkt 25 Mark für den „roten“ Wahlfonds. Die Düsseldorf „deutschen“ Textilarbeiter hätten besser getan, das Geld zur Unterstützung ihrer Mitglieder oder für die Agitation zu verwenden. Die Verhältnisse liegen in ihrer Zahlstelle schlecht genug.

In Nr. 197 quittiert die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ 200 Mark vom Verbands der Maler und Anstreicher, 20 Mark von den Bauarbeitern Hildens. Gleichzeitig waren vom Gesangsverein „Hoffnung“ und „Vorwärts“ 10 resp. 50 Mark quittiert. Es sind dieses sozialdemokratische Gesangsvereine, was aber meistens befristet wird, um eben Dumme zu fangen.

Dunkle Ehrenmänner. Bekanntlich ist das Geheimzirkular, das der sozialdemokratische Parteivorstand an „eine“ Presse wegen ihres schloßen, gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens in dem Darübersch der Scherl'schen Maschinenmeister versenden wollte, durch die liberalen „Zittauer Morgenzeitung“ der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Darüber ist nun der „Vorwärts“ und mit ihm die ganze rote Presse hartnäckig wütend, weil unter allen Umständen mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen ein öffentlicher Skandal vermieden werden sollte.

Der „Vorwärts“ nennt diejenigen, die dem genannten liberalen Blatte das Zirkular übermittelten, „dunkle Ehrenmänner“.

Diese Entrüstung des „Vorwärts“ ist wahrhaftig sehr unangebracht; sie zeigt uns mal wieder die Moral der Genossen, die eine Moral mit doppeltem Boden ist. In wie zahlreichen Fällen sind nicht Druckchriften oder Rundschreiben aus bürgerlichen Kreisen von „dunklen Ehrenmännern“ der sozialdemokratischen Presse zur Veröffentlichung übermittelt worden! Dann aber war der Verrat der „dunklen Ehrenmänner“ in den Augen der Genossen eine hochmoralische Tat.

Der „Hypograph“, das Organ des Guttenbergbundes, erinnert zur rechten Zeit an mehrere solcher Fälle. Bei der Gewerbegerichtswahl zu Rülheim-Nuhr im Oktober 1907 haben die Sozialdemokraten eine Antwort auf das christlich-rechts verfasste Flugblatt zu geben verweigert, noch ehe dieses Flugblatt überhaupt erschienen war. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Elberfeld 1909 wurde das Parteiorgan, die Freie Presse, in die Lage versetzt, den Vorlaut eines Flugblattes abdrucken zu lassen, ebenfalls bevor es publiziert war. Bei der Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse in Krefeld Ende 1903 haben die Sozialdemokraten in einem Flugblatt gegen eine Erklärung protestiert, die nur zwei Stunden in der Druckerei des Generalanzeigers gelegen und niemals gedruckt worden war.

In Nr. 26 vom 3. März 1903 schildert der „Korrespondent“, das Organ des „roten“ Buchdruckerverbandes, selbst einen ähnlichen Fall. Ein Verbandsmitglied hatte sich einen Druckabzug angeeignet von einer Petition, die in einer Druckerei in Plauen i. S. gedruckt wurde und den Inhalt frühzeitig für eine Zeitung am Orte verwertet. Die Petition sollte ausdrücklich geheim gehalten werden. Der Verband wurde entlassen und wegen Unterschlagung zu 5 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt.

Die „Volksmacht“ in Freiburg schreibt in Nr. 1 (1. Juli 1911): „Das erste säuselnde Lüsterl, das über unsern neuen Schreibtisch hinweghuschte, hat uns nachstehendes Zirkular vermittelt.“ Dann druckt sie ein Zirkular ab, das am Freitag in einer Druckerei gedruckt und das Sonntags von den Kanzeln verlesen werden sollte. Samstags stand es schon in dem sozialdemokratischen Organ. Wo kam das „säuselnde Lüsterl“ her? Wer kann's wissen?

In Oesterreich passieren ähnliche Dinge: Die Buchdruckerwehr Wien teilt in Nr. 13 (1. Juli 1911) mit: „Vor wenigen Wochen stand in der Arbeiterzeitung, daß in der Vorberlinerdruckerei grüne Wahlplakate für die „Grasman-Partei“ gedruckt werden, und trotzdem selbe nicht geliefert werden, hatte die Arbeiter-Zeitung schon Kenntnis davon.“

Ein anderer Fall ereignete sich vor mehreren Jahren im Deutschen Volksblatt. Ein daselbst beschäftigter Seher nahm den Abzug eines Artikels, der für das Morgenblatt bestimmt war, und trug denselben in der Nacht zur Arbeiter-Zeitung, wo derselbe bereits ebenfalls am nächsten Morgen, aber kritisiert zur gleichen Stunde mit dem Deutschen Volksblatte erschien.“

Es könnte noch eine ganze Menge von ähnlichen Fällen angeführt werden. Der „Vorwärts“ hat also selbst sehr viele „dunkle Ehrenmänner“ in seinen Reihen.

Ein Berittener, ein Polizeikommissar, sechs Schutzleute und — ein Arbeitswilliger. Mehr Schutz den Arbeitswilligen“ verlangt auch der „Verband der Arbeitgeber im bergischen Industriebezirk“ (Süd-Eberfeld) in seinem letzten Jahresbericht. Und die Polizei ist eifrig bemüht, diesem Verlangen in weitgehendstem Maße zu entsprechen, wie aus folgender Notiz, welche wir der „Volkszeitung für Westdeutschland“ vom 21. August entnehmen, zu ersehen ist. Es heißt dort unter Eberfeld:

„Unter polizeilichem Schutz. Großes Aufsehen erregte gestern Abend die Rückkehr eines in Warmen beschäftigten Metallarbeiters von seiner Arbeitsstelle. In dem betreffenden Betrieb ist vor einiger Zeit ein Streik ausgebrochen und der Arbeiter fürchtet als Arbeitswilliger die Rache der Streikenden. Er wurde gestern Abend begleitet von einem Berittenen, einem Polizeikommissar und sechs Schutzleuten! Diese Mobilmachung gab in den Straßen, die der sonderbare Zug passierte, Anlaß zu ungeheurer Heiterkeit.“

Also acht behelmte Häupter zur Begleitung eines „Arbeitswilligen“, der sich fürchtet; mehr Schutz und mehr „Ehre“ kann man den braven Streikbrechern wohl nicht angeheißeln lassen. Auch wir würden es freudig begrüßen, wenn man alle diese „Arbeitswilligen“ von einem solchen Polizeiaufgebot von und zu den Arbeitsstellen begleiten ließe. Hoffentlich wird sich der Arbeitgeberverband auch damit zufrieden geben. Da dieser Verband aber eifrig bemüht ist, Material über Terrorismuskfälle zu sammeln, wollen wir nicht verabsäumen, ihn auf ein Schreiben der Bandwebstuhlfabrikanten aufmerksam zu machen, damit er seine Sammlung um einen Fall bereichern kann.

Die Bandwebstuhlfabrikanten der Wupperstädte streifen schon seit einigen Monaten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, die die Arbeiter der Bau- und Möbelschreiner schon längst haben. Ein Teil der Streikenden hat nun mittlerweile in anderen Betrieben Unterkunft gefunden. Das paßt den bestreikten Firmen natürlich nicht. Deshalb richten sie an die Inhaber dieser Betriebe ein Rundschreiben, in welchem sie sich über den angeblichen Terrorismus des Streikpostenlehens lebhaft beklagen, weil diese Streikposten die Arbeitswilligen von den Betrieben fernhalten. Dann heißt es in dem Rundschreiben weiter:

„Die Bandwebstuhlfabrikanten richten an Sie das Ersuchen, da Sie jedenfalls ohne Ihr Vorwissen die im Streit befindlichen Arbeiter (hier folgen die Namen) eingestellt haben, dieselben doch gest. aufgekauft zu entlassen. Jeder Tag, an welchem solche Arbeiter länger beschäftigt werden, lähmt unsere Widerstandskraft...“

Diese Herrschaften entrücken sich also über den „Terrorismus“ des Streikpostenlehens und üben im gleichen Moment durch Rundgabe ihrer schwarzen Listen den schärfsten Terrorismus aus. Und diese Bandwebstuhlfabrikanten gehören auch dem bergischen Arbeitgeberverbände an, der Material für eine neue Buchhausvorlage sammelt. Hier ist welches.

Auf abwärtsiger Bahn. Infolge eines wegen Lohnunterschieden ausgebrochenen partiellen Streiks, hat der Verband der Metallindustriellen von Sachsen-Thüringen die Ausperrung von 60% der von ihm beschäftigten Arbeiter beschlossen. Die Ausperrung soll so vor sich gehen, daß in den einzelnen Betrieben zunächst die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, dann die Angehörigen der übrigen Gewerkschaftsrichtungen und erst in letzter Linie, soweit nötig, die Unorganisierten entlassen werden. Den letzteren wollen die Arbeitgeber eine Unterstützung — wenn wir nicht irren 15 M. für Ledige und 20 M. für Verheiratete — ausbezahlen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband wendet sich nun an seine Mitglieder mit folgender Aufforderung:

„Zwecks Einleitung der Ausperrung in den Bezirken Chemnitz, Dresden und Leipzig versuchen die Metallindustriellen die Zugehörigkeit zur Organisation von dem einzelnen Arbeiter zu ergründen. Sie verlangen vom Arbeiter deshalb eine entsprechende Erklärung. Zu diesem Vorgehen der Unternehmer besteht für sie weder ein gesetzliches noch ein moralisches Recht, indem die Zugehörigkeit zur Organisation eine Privatangelegenheit des Arbeiters ist. Es ist deshalb unserer Pflicht, lediglich um den Unternehmern den Einblick in die Organisationsverhältnisse unmöglich zu machen, die Parole auszugeben, daß sich alle unsere Verbandsmitglieder als

inorganisiert bezeichnen sollen. Dies stellt nichts anderes als eine taktische Maßnahme dar.

Die Unternehmer haben nun, um dieser taktischen Maßnahme zu begegnen, den Versuch gemacht, die Arbeiter in strafrechtlicher Hinsicht wegen einer solchen Erklärung zu fassen. Um dies zu können, stellen sie adven denjenigen, die nicht organisiert sind, eine wöchentliche Geldunterstützung in Aussicht. Sie bemerken dabei, daß diejenigen, die sich nunmehr noch als Nichtorganisierte bezeichnen, sich des Betrugsversuchs und der Vorspiegelung falscher Tatsachen verdächtig machen und demzufolge ihre Strafe zu gewärtigen hätten. Wir haben uns mit dieser Angelegenheit mit Rechtsanwälten ins Benehmen gesetzt und es steht nunmehr, wie ja auch bereits bei der Aussperrung im Jahre 1906 in Dresden konstatiert wurde, fest, daß in solchem Falle ein Betrugsversuch nicht vorliegen kann, indem erstens einmal die Absicht bestehen muß, sich einen widerrechtlichen Vermögensvorteil verschaffen zu wollen, und zweitens damit eine Schädigung des anderen verbunden sein müßte. Alles das kommt hier nicht Betracht. Wie schon oben erwähnt, handelt es sich nicht darum, daß irgend eines unserer Mitglieder die von den Unternehmern in Aussicht gestellte Unterstützung, also den Vermögensvorteil, in Anspruch nehmen wird. Es soll auch durchaus nicht die finanzielle Schädigung der Unternehmer damit verbunden sein.

Selbst gefehlt den Fall, daß der Unternehmer die Gelder an die einzelnen auszahlt, so kann, wenn unsere Kollegen das Nachstehende genau beachten und damit von vornherein dokumentieren, daß ihnen jede Absicht, sich einen Vorteil zu verschaffen, fern liegt, ein Nachteil für sie durchaus nicht entstehen. Wenn die Kollegen in den Betrieben das Geld erhalten und es sofort dem Verbandsbureau abliefern, so wird der Betrag unter Führung des Namens in eine Kiste eingetragen, und unverzüglich das Geld insgesamt zur Verfügung des betreffenden Unternehmers beim Gericht deponiert. Die daraus entstehenden Gerichtskosten werden von Seiten unseres Verbandes getragen, so daß die Unternehmer nicht den mindesten Schaden und unsere Kollegen nicht den geringsten Vorteil haben. Auch in moralischer Hinsicht kann dieses Vorgehen als durchaus einwandfrei bezeichnet werden, weil, wie oben erwähnt, die Unternehmer ihr wirtschaftliches Übergewicht benutzen, um von den Arbeitern eine Erklärung zu erpressen, wozu sie keineswegs berechtigt sind.

Ein derartiges Vorgehen, die Mitglieder direkt aufzufordern, ihre Arbeitgeber anzulügen, ist unter keinen Umständen moralisch zu rechtfertigen, auch nicht durch den Hinweis auf das unberechtigte Vorgehen der Arbeitgeber. Die Arbeiter können höchstens aufgefordert werden, die Auskunft zu verweigern. Der vom Metallarbeiterverband hier nicht zum erstenmal unternommene Schritt, muß unter der Arbeiterschaft eine heillosen Verwirrung bezüglich der moralischen Rechtsbegriffe hervorrufen. Eine Verwirrung, die schließlich der Arbeiterbewegung selbst gefährlich wird und deren Ansehen in der Öffentlichkeit aufs höchste gefährdet. Was soll der Arbeiter schließlich auch von einer Organisation halten, die ihn auf derartige Wege drängt und damit ihre Schwäche offen dokumentiert? Der Gewerkschafter mit geradem, offenem Charakter wird sich dafür bedanken, eine so klägliche Rolle zu spielen und im gegebenen Moment seine Organisationszugehörigkeit, auf die er sonst doch stolz ist, zu verleugnen. Vor allem in einem wirtschaftlichen Kampf. Wir meinen schon allein praktische Bedenken, die Erinnerung an die bei der Aussperrung in Pforzheim mit dieser Taktik gemachten Erfahrungen, hätten den Metallarbeiterverband veranlassen sollen, in Zukunft hiervon abzusehen. Der Bewegung wird diese Taktik auch diesmal kaum zum Vorteil gereichen.

Vom sozialdemokratischen Steuerprogramm. Die Sozialdemokratie verlangt bekanntlich die Abschaffung der Zölle und der indirekten Steuern. Den entstehenden Ausfall will sie decken durch eine Einkommensteuer, selbstverständlich unter möglichst weitgehender Steuerfreiheit der unteren Schichten. Die Einkommensteuer soll ergänzt werden durch die Vermögens- und Erbschaftsteuer. Nun ist der Sozialdemokratie das öfteren nachgewiesen worden, daß ihr Steuerprogramm gar nicht realisierbar sei. Daß die Durchführung des Programms eine Belastung des höheren Einkommens zur Folge hätte, die einer Vermögenskonfiskation gleich käme und infolgedessen geradezu lähmend auf unser gesamtes Erwerbsleben einwirken und damit wiederum die Arbeiterschaft selbst ganz empfindlich treffen würde. Die Nichtigkeit dieses von den Geworfen meist bestrittenen Einwandes wird nun vom "Vorwärts", dem sozialdemokratischen Zentralorgan, selbst bestätigt. Derselbe schreibt in Nr. 179/1911:

"In der kapitalistischen Gesellschaft aber darf die Steuerlast nicht einmal den gesamten Mehrwert treffen. Denn die Produktion muß ständig erweitert werden, soll nicht die Lebenslage der arbeitenden Klassen sich rapid verschlechtern. Ein Teil des Mehrwerts muß also von den kapitalistischen produktiv verwendet, in Kapital rückverwandelt, akkumuliert werden. Ist diese Rückverwandlung unmöglich, weil die Steuerlast zu hoch ist, so unterbleibt die Produktionsvermehrung, die infolge der Bevölkerungszunahme neu hinzugekommenen Arbeiter finden keine Beschäftigung, die industrielle Reservearmee wächst. Sie drückt dann auf die Beschäftigten, die Löhne sinken, das Glück der Arbeiter steigt. Und dies alles selbst unter der Voraussetzung, daß die Steuern direkt vom Einkommen des Kapitalisten erhoben werden. Es folgt schon daraus, daß der Verwendungszweck der Steuern keineswegs gleichgültig ist, daß also die Form der Steueranbringung durchaus nicht das allein Entscheidende sein kann. Auch die ideale Steuer vermehrt in der kapitalistischen Gesellschaft das Massenelend, sobald die Steuer zu unproduktiven Zwecken, Militärausgaben usw. verwendet wird; sie hindert die Ausdehnung der Produktion und vermindert die Nachfrage nach Lohnarbeit."

Diese Ausführungen richten sich direkt gegen das sozialdemokratische Steuerprogramm, sie zeigen die vollkommenen Unhaltbarkeit der Ansicht, daß man in beliebiger Weise die Steuerlast bei hohen Einkommen steigern könne. Derselbe Gedanke kehrt in dem Artikel in anderer Form des öftern wieder. So wird in Nr. 180 weiter gesagt:

"Dagegen hemmt jede allzustarke Besteuerung des Unternehmergewinns nicht nur die Akkumulation, sie ist nur in beschränktem Maße möglich, soll nicht der Durchschnittsprofit so sehr gesenkt werden, daß Auswanderung an Kapitalien veranlaßt wird."

Es wird also hier zugestanden, was die Wissenschaft gegen das soziale Steuerprogramm besonders einwendet, daß nämlich bei zu starkem Anziehen der Steuerfahne die größeren Kapitalien einfach ins Ausland abwandern.

Daraus ergibt sich zur Genüge, was von den sozialdemokratischen Phrasen auf dem Gebiete der Steuerpolitik zu halten ist.

Aus unserer Industrie.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Juli

Berichtet das August-Fest des "Reichsarbeitsblattes":

Wie aus allen Teilen des Reichs von den verschiedenen Verbänden der Baumwollspinner und Einzelwerken gemeldet wurde, hat der vergangene Monat für die Baumwollspinnerei eine überaus ungünstige Lage gebracht. Infolge der günstigen Entwicklung der amerikanischen Baumwollernete sanken die Baumwollpreise um rd. 12 Pfg. auf das Pfund, rissen dabei diejenigen alter Ernte trotz des immer mehr zusammenjährende Vorrats in greifbarer Baumwolle um ebenso viel mit sich fort und entwerteten dadurch in ungeahnter Maße die noch unverkauften Rohvorräte der Spinnereien, die durchgehends ihren Bedarf in amerikanischer Baumwolle bis Mitte oder Ende Oktober, in östlicher Baumwolle bis Ende dieses und Anfang des nächsten Jahres gedeckt haben dürften, ohne auch nur entfernt soviel Garn verkauft zu haben. Trotzdem die Garnpreise noch stärker als die Baumwollpreise fielen, wurde höchstens die Hälfte der Erzeugung verkauft, und zwar hauptsächlich für die Wintermonate, während für die Herbstmonate noch manches zu decken bleibt. Die Käufer halten jedoch dabei nach Möglichkeit in der Erwartung eines weiteren Preisrückganges zurück. Aus Süddeutschland wird berichtet, daß neue Abschlüsse nur ganz vereinzelt und zu verlustbringenden Preisen möglich waren.

In der sächsischen Wigognespinnerei war die Beschäftigung im Juli immer noch ausreichend, obwohl der Abbruch auf bestehende Lieferungsverträge etwas nachgelassen hat. Gegen den Vormonat ist eine kleine Verschlechterung eingetreten, die durch den starken Rückgang der Baumwollpreise verursacht war. Eine Besserung ist erst im September und Oktober zu erwarten, wo Einkäufe größeren Umfangs seitens der Weber, Wirter usw. erwartet werden. Ein Mangel an weiblichem Personal macht sich immer mehr fühlbar.

Die Baumwoll-, Bunt- und Weißweberereien standen nach einem Berichte des Verbandes deutscher Textilarbeiter in der Berichtszeit unter dem Einflusse der stillen Jahreszeit. Die ohnehin sehr wenig günstige Lage ist durch den bedeutenden Preisrückgang in Baumwolle noch wesentlich verschlechtert worden: neue Abschlüsse sind nur in verhältnismäßig geringem Umfange zu Stande gekommen. Die Lager sind sehr groß, und alle Betriebe haben mehr oder weniger mit Einrichtungsarbeiten gearbeitet.

Die idelische Stammgarnspinnerei wies gegen den Vormonat auch immer keine Veränderung auf.

In der idelischen Wollwarenfabrikation war der Geschäftsgang, bis jetzt, no

ch in der Wollwebererei ist nach einem Berichte sächlich durchgehender Weberereien die Beschäftigung gegenüber dem Vormonat etwas zurückgegangen. Dieser Rückgang entspricht der allgemeinen Ercheinung, daß in den Hochwintermonaten die Beschäftigung stets abflaut, um mit Eintritt des Herbstes wieder etwas zuzunehmen.

Die Tuchfabriken, von denen dieses mal nur wenige Berichte vorliegen, waren in Ludenwalde voll beschäftigt und verfügten dort über nur eben genügende Arbeitskräfte, dagegen liegen in Grünberg die Verhältnisse der Schoddyfabrikation sehr ungünstig. Aus Görtzig, wo reinwollene Artikel angefertigt werden, wird über bescheidenen Geschäftsgang berichtet.

In der Leinwandfabrikation war der Geschäftsgang in Berlin gut, in Schießen dagegen war infolge der hohen Flachpreise einerseits und der durch das Sinken der Baumwollpreise bedingten Zurückhaltung der Käufer andererseits der Geschäftsgang still, wenn auch Spinnereien und Weberereien noch für einige Zeit mit Aufträgen versorgt sind.

Die Krefelder Samt- und Seidenindustrie war im Juli ziemlich gut beschäftigt, dagegen war die Lage in der Samtbandindustrie unbesiebigend, und die Herstellung hat sich infolge geringer Nachfrage weiter vermindert.

Die Stoffdruckereien und -bleichereien hatten genügend zu tun. Die Färbereien für Wolle waren, wie in den Vormonaten, besser beschäftigt als die in Stammgarn, die noch immer sehr schwach beschäftigt sind.

Strick- und Wirkwarenindustrie sind weiter gut beschäftigt.

Die mechanische Kunstzwirnerie hatte unverändert gut zu tun, auch die Hanfspinnereien und Bindfadensfabriken konnten über einen guten Geschäftsgang berichten.

Die Kopfharnspinnerei war nach einem Berichte des Verbandes deutscher Kopfharnspinner gut, aber schlechter als im Vormonate beschäftigt.

Aus der Textilindustrie berichten 462 Betriebskrankenkassen mit 92826 männlichen und 109064 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Juli ergab sich am 1. August eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke (405 männliche, 1369 weibliche).

Ein Protest des Verbandes Deutscher Buntweberereien gegen die Preisdrückereien.

Der Verband Deutscher Buntweberereien und verwandter Betriebe in Düsseldorf verleiht an seine Mitglieder ein Zirkular, in dem es u. a. heißt:

"Die augenblickliche Baumwollpreislage gibt der Kundenschaft vielfach Veranlassung, die Gewebepreise drücken zu wollen. Demgegenüber möchten wir an die deutschen Buntweberereien die dringende Bitte richten, keinesfalls diesem Drängen in irgendeiner Form nachzugeben. Für eine Preisermäßigung liegt keinerlei Veranlassung vor. Disponible Ware ist durchweg aus Baumwolle, bezw. Garnen hergestellt, deren Preise wesentlich höher sind, als für neue Ernte jetzt vielleicht anzukommen ist. Sollten die gegenwärtigen guten Auskäufe sich im großen ganzen vermindern, so ist darauf hinzuweisen, daß schon seit Monaten von Spinnerei-Aktivitäten im In- und Auslande mit Recht darauf hingewiesen wird, daß sogar eine recht gute Ernte nicht imstande sein kann, den gegenwärtigen Mangel an Rohstoffen auch nur einigermaßen vollständig zu decken, so daß keinesfalls mit dazwischen Verbilligung der Rohstoff- und Garnpreise zu rechnen ist."

Wir halten den Verzicht des Verbandes Deutscher Buntweberereien, einem eventl. Preisdruck der Kundenschaft entgegenzuwirken, für durchaus berechtigt und notwendig. Selbst bei niedrigeren Rohstoff- und Garnpreisen ist ein Preisdruck auf Gewebe nicht gerechtfertigt. Die Spinnereien haben für die Rohstoffe solche Preise bezahlet müssen, daß sie nicht viel am Garn verdienen konnten, die Weberereien werden trotz des Sinkens der Baumwollpreise mit relativ hohen Garnpreisen rechnen müssen. Hebrigens sind eine Menge von den Waren, die im nächsten Jahre auf den Markt kommen, noch von den neueren Rohstoffen hergestellt. Auch die Arbeiter haben alles Interesse daran, daß Spinnereien und Weberereien gute Preise erzielen. Darum können sie sich dem Protest des Verbandes Deutscher Buntweberereien nur anschließen.

Die Juteindustrie im ersten Halbjahre 1911.

Die Hochkonjunktur, die gegenwärtig in der gewerblichen Warenherstellung in Deutschland herrscht, hat den Bedarf an Verpackungsmaterialien enorm gesteigert. Infolgedessen ist auch die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Juteindustrie in diesem Jahre ungewöhnlich hoch. Doch kräftiger Einkauf der Ausfuhr von Jutewaren und fortwährender Produktion im Inlande muß doch die ausländische Juteindustrie zur Deckung des Bedarfs in größerem Maße als bisher mit herangezogen werden. Die Zufuhr von Rohjute im ersten Halbjahre 1911 weist nach der "Wirtschafts-Korrespondenz" gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme um 126271 Doppelzentner auf. Immerhin bleibt sie mit 773816 Doppelzentnern noch ziemlich weit unter dem Niveau der Jahre 1907-1909. Die Ausfuhr von Rohjute ist relativ gering, so daß der bei weitem größte Teil der Einfuhr für die Versorgung der deutschen Juteindustrie in Betracht kommt. Die Einfuhr von Rohjute und Juteberg betrug in den ersten sechs Monaten der Jahre 1907 bis 1911 im Doppelzentnern:

	1907	1908	1909	1910	1911
Einfuhr	857284	830970	594886	647545	773816
Differenz		-26584	+63956	-247511	+126271

Außerdem wurden im ersten Halbjahre 1911 noch 5647 Doppelzentner gehackte Jute eingeführt. Die Preise für das Rohmaterial waren ganz bedeutend höher als im Vorjahre. In Hamburg kostete im Juni der Doppelzentner Rohjute Ref 70,25 M. gegen 47,25 M. im Vorjahre. Good I native Marken wurden mit 52,25 Mark pro Doppelzentner bezahlt, sind also seit Juni 1910 um 23,75 M. teurer geworden. Der Preis für II native Marken ist von 26,75 M. auf 47,75 M. gestiegen. Die Preissteigerung im ersten Semester 1911 veranschaulicht folgende Uebersicht der Hamburger Notierungen für 1 Doppelzentner good I native Marken in den Monaten Januar bis Juni 1910 und 1911:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
1910	28,25	26,75	27,50	28,00	28,50	28,00
1911	40,24	41,50	43,00	46,25	52,25	47,75

In keinem der vier Vorjahre war das Preisniveau so hoch wie heute. Nur Marke Ref wurde im Juni 1907 noch um 9 M. teurer bezahlt als in diesem Jahre. Die günstigen Abfahrverhältnisse am inländischen Markt hatten zur Folge, daß die einheimische Industrie das überhaupt nicht bedeutende Auslandsangebot etwas vernachlässigte. Die Ausfuhr der wichtigsten Jutewaren hat gegen das Vorjahr erheblich nachgelassen. Im ersten Halbjahre der Jahre 1907 bis 1911 wurden nämlich in Doppelzentnern ausgeführt:

	1907	1908	1909	1910	1911
Jutegarn	18152	17027	20057	25498	19204
Jutegewebe	11131	4789	10383	9891	8500
Jutejute	10314	5392	7404	8491	6295

Die Einfuhr von Jutewaren ist jedoch fast durchweg um 30% und mehr gestiegen, da der deutsche Markt sich sehr aufnahmefähig erwies. Der gute Geschäftsgang hatte einen nachhaltigen Einfluß auf die Generierung der Aktien von Jutespinnereien usw. an der Börse. Der Durchschnittskurs der Aktien von 10 Gesellschaften der Juteindustrie, deren Anteile an der Börse gehandelt werden, stellte sich am Ende der Monate Januar bis Juni 1911 auf:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
	172,15	177,19	177,23	183,44	183,72	181,40

Der höchste Durchschnittskurs wurde für Ultimo Mai mit 183,72 berechnet. Die Steigerung, die von Ultimo Januar auf Ultimo Juni eintrat, beläuft sich auf 9,25%. Für das in den genannten 10 Gesellschaften angelegte Aktienkapital läßt sich hieraus eine Zunahme des Kurs-

wertes um 1,88 Mill. M. berechnen. Ultimo Juni 1910 hatte sich der Durchschnittskurs auf 160,33 gestellt. Mit- hin hat sich das Niveau im letzten Jahre um 21,07% gehoben. W. C.

Aus dem Verbandsgebiete.

Achtung! Verlegung der Zentralstelle.

Die Zentralstelle befindet sich vom 15. Sept. ab: Düsseldorf 56, Kavalleriestraße 22, Fernsprechnummer 4423.

Auf den vorgedruckten Couverts und den anderen Druckfachen möge vom 15. Sept. an die alte Adresse durchgestrichen und an deren Stelle die neue geschrieben werden.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Berichterstatter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 26. August, Arbeitslosen-Stichtag für den Monat August ist. (Letzter Arbeitstag der letzten Woche im Monat.) Die Monatsberichtsarten (grau) sind 3 Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale zu senden.

Wir bitten alle Ortsgruppen dringend, sich an der Berichterstattung zu beteiligen und die Karten rechtzeitig an die Zentrale einzusenden.

Die Geschäftsstelle.

Zur Frage der Lokalbeiträge.

Der „Arbeitgeberverband der Unterelbe zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ nahm am 12. Juli d. J. folgende bemerkenswerte Anträge an:

„Der jährliche Mitgliederbeitrag wird von 1 M. auf 2 M. pro 1000 M. Lohnsumme erhöht.“

Zur Schaffung eines Referendums, der nicht zur Entschädigung benutzt werden darf, soll ein jährlicher Beitrag von 0,50 M. pro 1000 M. Lohnsumme erhoben werden.“

Die beiden Beschlüsse können nicht nur für die Arbeiter an der Unterelbe bemerkenswert und wichtig sein, sondern sie veranlassen jeden ernsthaften Gewerkschafter, mit Besorgnis in die Zukunft zu blicken. Nicht nur die Arbeiter an der Unterelbe werden von diesen Beschlüssen betroffen werden, sondern die Arbeiterchaft in Deutschland überhaupt. Wer will z. B. widerlegen, daß nicht auch der Arbeitgeberverband für die Textilindustrie sich daran ein Beispiel nehmen könnte und seinen Kampffonds erhöht? Sich einen Referendums zulegt zu dem Zweck, jede kleinste Regung der Textilarbeiterchaft mit unerbittlicher Unnachgiebigkeit zu unterdrücken? Gerade bei der jetzigen Zeit, wo sich allenthalben die Arbeiterchaft an allen Ecken und Enden rührt, wo die ungünstigen Steuerungsverhältnisse mehr denn je die Gefahr größerer wirtschaftlicher Kämpfe nahe rückt, kommen wir nicht an der Erörterung und Lösung der Frage vorbei: „Wie schützen wir uns vor einer wirtschaftlichen Deprimierung?“ Antwort: Durch Stärkung unserer Zentralkasse!

Wer da glaubt, sich an dieser Frage vorbeidrücken zu können, der kann es nur auf kurze Zeit tun. Er vergeht sich an der Organisation, an der gesamten christlich-nationalen Textilarbeiterchaft. Wirtschaftsfragen werden ja heute nicht mehr gelöst zwischen einzelnen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Wirtschaftsfragen sind Volksfragen geworden. Sie werden gelöst unbekümmert darum, ob die Existenzbedingungen des einen erleichtert oder erschwert werden. Darum sind wir unserem Zentralvorstand dankbar, daß er uns bei Zeiten auf diese Frage aufmerksam gemacht hat.

Drei Wege gibts zur Lösung der vorhin aufgeworfenen Frage. Kürzung der Unterstützungsätze, Kürzung der prozentualen Anteile der Ortsgruppen, Abführung der gesamten Einnahmen an die Zentralkasse und die dadurch notwendige Erhebung von Lokalbeiträgen.

Die Kürzung der Unterstützungsätze ist ein viel zu gefährliches Experiment, als daß man es erst versuchen sollte. Der größte Teil unserer Mitglieder ist mit unserem Unterstützungsweisen gleichsam groß geworden und mit ihm verwachsen. Diese alten Kämpen bilden die eigentlichen Stützen des Verbandes. Durch eine Kürzung der Unterstützungsätze verginge man sich an langemworbene Rechten. Die Folge davon wäre, daß selbst diese alten treuen Mitglieder wankend werden würden.

Gänzlich wirkungslos wäre die Kürzung der prozentualen Anteile der Ortsgruppen. Kleine Ortsgruppen müssen schon bei 15% noch etwa einen Lokalbeitrag erheben, um ihre Ausgaben decken zu können. Bei Befassung von 10% könnte die Zentralkasse nur immer Zuschüsse machen und würden so die übrigen 5% aus den größeren Ortsgruppen fast vollständig aufgebraucht werden. Diese Maßnahme würde vollständig wirkungslos sein.

bleibt also als einzig gangbarer Weg die Erhebung von Lokalbeiträgen, um so alle Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Gewiß wird es

auch hierbei Schwierigkeiten geben, die sich aber eher überwinden lassen, als in den beiden erst genannten Fällen. Ein Kollege führte schon in der Nr. 33 ein Mittel zur besseren Durchführung der Lokalbeiträge an. Die Errichtung von Volkssparbanken. Wenn ich auch nicht auf demselben Standpunkt stehe (es gibt in der Textilindustrie Gegenden, wo überhaupt weiter nichts zu finden ist als Not), so muß ich doch sagen, daß man mit derartigen Mitteln die Erhebung der Lokalbeiträge leichter zur Durchführung bringen kann.

Mögen sich einige Kollegen über folgenden Gedanken aussprechen: Wie wäre es, wenn sämtliche Ortsgruppen schon mit dem 1. Januar 1912 die Lokalbeiträge durchführten? Die Summe der im Jahre 1912 erhobenen Lokalbeiträge wird auf einer Sparkasse zinsbringend angelegt. Der bisherige Ortsgruppenkassenbestand dazu (derselbe ist ja in einigen Ortsgruppen ein ganz bedeutender), und von den Zinsen dieses Kapitals werden jedes Jahr eine Anzahl Kinder unserer Kollegen, die durch das Los bestimmt werden können, in Erholungs- oder Ferienheime geschickt. Damit kämen wir gleichzeitig auf das Gebiet der Jugendpflege. Die Wirkung wäre folgende:

Die Kinder unserer Kollegen würden während der Sommermonate gestärkt und gekräftigt, und das Gemüt der Kinder wäre schon bei Zeiten für uns gewonnen. Ein Erfolg, der in späteren Jahren unschätzbare Früchte bringen würde.

Zum Schluß möchte ich noch einmal unsere Kollegen und Kolleginnen auf die Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes der Unterelbe aufmerksam machen, um damit zu beweisen, daß wir alle Veranlassung haben, durch Erhebung von Lokalbeiträgen eine Stärkung unserer Zentralkasse herbeizuführen. M. Steiz.

Der Kollege aus Imgenbroich, der sich in Nr. 33 unseres Organs gegen die Einführung der Lokalbeiträge aussprach, täuscht sich nicht, wenn er erwartet, wegen seines Standpunktes als etwas reaktionär angesehen zu werden.

Sagt du denn, werter Kollege, schon einmal ernstlich über die Finanzverhältnisse des Verbandes nachgedacht? Weißt du, daß der Kampf im Münsterlande, der glücklicherweise von nur kurzer Dauer war, uns den fünften Teil unseres Verbandsvermögens gekostet hat? Stelle dir einmal vor, wir hätten, was in Zukunft gar nicht ausgeschlossen ist, mehrere solcher Kämpfe hintereinander zu bestehen. Was dann?

Ich sage: wer will, daß unsere Arbeit nicht unsonst sein soll, daß unser Verband auf der Höhe der Zeit steht, daß er seinen Aufgaben gewachsen ist, der muß auch überzeugt sein von der Notwendigkeit der Lokalbeiträge. Ich verleihe nun ganz und gar nicht, daß sich der Sache ganz bedeutende Schwierigkeiten entgegenstellen. Das darf aber doch für uns nicht ausschlaggebend sein, besonders da sich diese Schwierigkeiten bei genauerem Zusehen und etwas Optimismus als nicht so groß herausstellen, als es manchmal scheint. Ausschlaggebend muß vielmehr sein, daß wir auf diese Art und Weise unsere Kassenverhältnisse bedeutend verbessern können.

Hübschlich auf die vielen neuen Mitglieder soll uns abhalten, solch tief einschneidende Neuerungen vorzunehmen, meint der Kollege aus Imgenbroich. Ich glaube, es wird wohl kein Kollege unter uns sein, der es nicht für selbstverständlich hält, daß wir alles daran setzen müssen, nicht nur die bisher gewonnenen Mitglieder zu halten, sondern noch viele dazu zu gewinnen.

Sollständig verfehlt wäre es aber, wenn wir die Ansicht der gewerkschaftlich ungeschulten, neuen Mitglieder für unsere Handlungsweise in der betr. Frage bestimmend machen würden.

Ich halte es im Gegenteil für eine ernste Pflicht jedes älteren und weitsichtigeren Kollegen, den jungen Mitgliedern mit gutem Beispiel voranzugehen und sie zur Einsicht und Opferwilligkeit anzuführen.

Was unsere sozialdemokratische Gegenorganisation durch jahrelange Erfahrung und ihre günstigen Umstände aus vorans hat, müssen wir eben durch erhöhte Opferwilligkeit wieder einzubringen suchen.

Wohl wenige Kollegen werden der Meinung sein, daß die Ortsgruppen mit 10% auskommen können, wo wir doch mitten in der Agitation drin stehen. Die Generalversammlung in Aachen wird wohl ihre guten Gründe gehabt haben, als sie den Ortsgruppen 15% bewilligte. Wir sehen also: Die Gründe der Lokalbeitragsgegner sind entweder bloß Scheingründe oder doch nicht schwerwiegend genug, daß sie ausschlaggebend wären. Gehen wir also zur Tat über und strebe jede Ortsgruppe danach, als eine der ersten den Lokalbeitrag einzuführen. Wir Süddeutschen werden sicher nicht die letzten sein.

A. Siebold.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Borghorst.

Nach dem Kampfe. Nachdem am 18. Juli die Einstellung fast sämtlicher wegen des Streikes bei der Firma Koll und Comp. in Godesfeld angeheerter organisierter Textilarbeiter erfolgt war, gab man sich in Arbeiterkreisen der Hoffnung hin, daß jetzt auch in unserem Orte

die Ruhe wieder einkehren würde, aber mit nichten. Die Firma Arnold & Co. (Abteilung Bleicherei), welche der Direktion des Herrn Töppler untersteht, ist es, welche die Gemüter in Erregung erhält. Am 17. Mai wurden die ausgesperrten Bleichereiarbeiter seitens der Direktion mit einem Schreiben „beglückt“, worin dieselbe an die Wiederaufnahme der Arbeit die Bedingung knüpft, daß der Austritt aus der Organisation mindestens bis zum 23. vollzogen sein müßte, jedoch wurde diese Bedingung, als im Widerspruch mit den Beschlüssen des Arbeitgeberverbandes stehend, zurückgezogen. Die Wiedereinstellung der Arbeiter begegnete jedermann auch vorläufig keinen Schwierigkeiten mehr, ja bei vier Arbeitern, deren Plätze besetzt waren, wurde besprochen und sogar schriftlich, daß sie bis zum 10. Juli ihre Plätze wieder erhalten sollten. So hoffte denn die Arbeiterchaft auch dort endlich zur Ruhe kommen zu können. Doch mit des Geschickes Wächten ist kein ewiger Bund zu schließen.

Der Herr Direktor scheint es sich, unbekümmert darum, wie er ja selbst am 19. Juni geschrieben hat, daß es sich nicht mit den Beschlüssen des Arbeitgeberverbandes deckt, zur Aufgabe gemacht zu haben, die Organisation in dem ihm unterstellten Betriebe zu vernichten, als etwas anderes läßt sich sein späteres Verhalten nicht auffassen. Zunächst wurde als Opfer ein in der Fabrik arbeitender organisierter Arbeiter erkoren. Der betreffende Arbeiter wurde, als alle Versuche des Vorarbeiters, ihn der Organisation abspenstig zu machen, mißglückten, mit dem Bemerkten an eine minder entlohnte Arbeit gestellt. Der Herr Direktor wollte ihn nicht mehr vor Augen sehen.“ Aber auch hier muß ihm der Herr Direktor nicht mehr haben sehen können; denn ihm wurde am 18. Juli mit den Worten gekündigt, man habe keine Arbeit mehr für ihn. Während der Kündigungsfrist ist zum abermals der Vorarbeiter an ihn herangetreten, er solle doch aus der Organisation austreten, dann könne er bleiben. Also an der Arbeit lag es nicht.

Inzwischen waren am 10. Juli die vier letzten Arbeiter zur Einstellung gelangt. Aber auch diese wurden, entgegen der von dem Herrn Direktor gegebenen schriftlichen Abmachung, an minder entlohnte Plätze gestellt. Die betreffenden Arbeiter mußten die Einschlämmung der Klärriche in der fürchterlichsten Hitze vornehmen und wurden außerdem noch in der ungeheuerlichsten Weise zu immer intensiverem Arbeiten angetrieben. Wenn dann die Arbeiter sich dieserhalb zur Wehr in etwa stellten, wurde sofort die Frage gestellt, ob man sich noch nicht um andere Arbeit umgesehen habe. Später mußten dieselben Arbeiter mit einigen Unorganisierten ein teilweise eingestürztes Sammelbassin reinigen. Daselbe war ca. 17 Meter tief und oben ungefähr 10 Meter breit, lief dann nach unten spitz zu. Die Erd- und Schlammassen wurden dann, ohne daß eine Schuttbühne vorhanden war, mit der Starre nach oben gezogen. Jeden Augenblick mußten die Arbeiter gewärtig sein, erschlagen zu werden. Auf das Ungeheuerliche dieser Vorrichtung aufmerksam gemacht, antwortete der Herr Direktor lakonisch: es ist so vieles nicht geistlich. Gewiß, der Herr Direktor als der technische Leiter kann das ja am besten beurteilen. Aber auch dort wurde am 12. August einem organisierten Arbeiter die Kündigung zugeschied. Derselbe war inzwischen erkrankt.

In Anbetracht dieser Vorkommnisse fragt sich die Arbeiterchaft unwillkürlich, was man eigentlich noch glauben soll. Zuerst wird den Arbeitern versprochen, sie sollen ihre Plätze wieder haben, man verspricht ihnen, wegen der Zugehörigkeit zur Organisation keine Schwierigkeiten mehr zu bereiten, und dann die geschilderten Zustände. Die ganze mühselndste Ausschöpfung ist doch angeblich nur deshalb gemacht worden, weil Arbeiter in der Presse falsch berichtet haben sollen, und hier wird das gegebene Wort einfach mit dem Bemerkten, man habe das so nicht gemeint, abgetan. Mag es dem Herrn Direktor gelingen, die organisierten Arbeiter aus dem Betriebe zu entfernen, das Koalitionsrecht wird er nicht unterdrücken. Es wird sich die Organisation doch Bahn brechen über kurz oder lang, auch in dem Betriebe des Herrn Direktor Töppler.

Zeil i. W.

Die Andreehinnen der hiesigen Weberei sind vor einiger Zeit in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangten Erhöhung der Akkordlohnsätze von 15% und Vergütung für Warten auf Arbeit. Als nach kurzer Zeit mit der Direktion Unterhandlungen stattfanden, begründeten die Vertreterinnen die Forderungen in geschickter Weise. Die Firma sah auch selbst ein, daß die Lohnsätze dieser Arbeiterinnen zu niedrig waren und bewilligte die ganze Forderung. Somit haben die Arbeiterinnen einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Die Lohnerhöhung sichert nun jeder Andreehinnen ein Mehrverdienst von 30-40 Pfennig pro Tag. Ebenfalls erhalten dieselben nun für Warten auf Arbeit eine Vergütung von 25-30 Pfennig pro Stunde. Damit ist der allbekannte Einwand, die Organisation nützt ja doch nichts, wieder aufs neue widerlegt.

Aus unseren Bezirken.

Konferenz des Bezirks Aachen.

Am 13. August fand in Düren die ordentliche Bezirkskonferenz statt. Als Vertreter des Zentralvorstandes nahm Kollege Fischer-Düsseldorf an der Konferenz teil. Vertreten waren 25 Ortsgruppen durch 38 Delegierte. Nicht vertreten waren die Orte Ganatten, Katterherberg, Höfen und Montjoie. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Weber als Vorsitzender, Gannacher als Schriftführer, Koch, Bartholemy und Pfeffermann als Beisitzer. Punkt 1 der Tagesordnung lautet: Geschäftsbericht des Bezirks für die Zeit vom 1. Juni 1910 bis 30. Juni

1911. Derjelbe lag den Delegierten gedruckt vor und wurde vom Bezirksleiter mündlich ergänzt.

Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß die Geschäftslage in der Textilindustrie, insbesondere in der Tuchfabrikation, im Berichtsjahre eine recht ungünstige war. Viele Arbeiter hatten schwer unter dauernder und vorübergehender Arbeitslosigkeit gelitten und manche haben mit Erfolge versucht, in anderen Industriezweigen Unterkommen zu finden.

Table with 4 columns: Mitglieder Ende des Quartals, 2. Quart. 1910, 3. Quart. 1910, 4. Quart. 1910, 1. Quart. 1911, 2. Quart. 1911. Rows for männl. and weibl. members.

Die Gesamtzunahme beträgt mithin 1326 Mitglieder, oder 27%. Die Zahl der männlichen Mitglieder hat sich um 19,1%, die der weiblichen um 53,5% gesteigert. Es waren jugendliche Arbeiterinnen und Arbeiter unter 18 Jahren organisiert:

Table with 4 columns: Am Schlusse des Quartals, 3. Quartals 1910, 4. Quartals 1910, 1. Quartals 1911, 2. Quartals 1911. Rows for männl. and weibl. members.

Die Zahl der Ortsgruppen betrug wie im Vorjahre 29. Die Kassenverhältnisse haben sich ebenfalls günstig entwickelt. Die Einnahmen an Eintrittsgeldern und Wochenbeiträgen betragen 94159,10 M., gegen 86502,75 M. im Vorjahre. Ohne die starke Arbeitslosigkeit wären die Gesamteinnahmen bedeutend höher gewesen, da die arbeitslosen Mitglieder während derselben keine Beiträge zu entrichten brauchen.

In 22 Fällen kam es im Bezirk zu Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern. In sechs Fällen handelte es sich um Abwehr von Verschlechterungen, in 16 Fällen erstrebten die Arbeiter bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den Bewegungen entfielen 8 auf Aachen Stadt, 5 auf Cuxen, 3 auf Düren, 6 auf Cuxstücken und Umgegend. 21 Bewegungen konnten friedlich beigelegt werden, in einem Falle kam es zum Streik. 20 Bewegungen konnten mehr oder minder erfolgreich abgeschlossen werden, 2 verliefen ohne Erfolg.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung sprach Kollege Fischer-Düsseldorf über: „Die Lage unseres Verbandes und unsere Aufgaben in der Agitation“.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung sprach Kollege Fischer-Düsseldorf über: „Die Lage unseres Verbandes und unsere Aufgaben in der Agitation“.

Die am 13. August in Düren tagende Bezirkskonferenz des 3. Agitationsbezirks (Aachen) ist der Lieberzeugung, daß, um die Aktionsfähigkeit unseres Verbandes zu erhalten und zu erhöhen, eine Stärkung der Zentralkasse erforderlich ist.

Bezüglich der kommenden Herbst- und Winteragitation wurden von der Konferenz Richtlinien festgelegt, nach welchen in den Ortsgruppen die Agitation betrieben werden soll.

Konferenz des Bezirks Südbayern.

Am 6. August fand in Augsburg die alljährliche Bezirkskonferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands (Bezirk Südbayern) statt, auf welcher die Delegierten von 18 Ortsgruppen zu gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung über die Angelegenheiten des Bezirks sich zusammengefunden hatten.

daß Arbeitskräfte überflüssig seien und konnte eine geplante notwendige Lohnbewegung nicht durchgeführt werden. Riemlich gut sei der Geschäftsgang in den Bindfaden- und Seilerwarenfabriken. Wenn an diesen Orten die Arbeiterschaft zur Einsicht käme, könnte da viel verbessert werden.

Wo die Organisation gut ausgebaut war, wurde trotz der Krise der Lohn erhöht. Allerdings sind auch Verschlechterungen zu verzeichnen. In Ayl wurden den Arbeitern in der Spinnerei an einigen Maschinen jeden Arbeitstag 10% vom verdienten Lohn abgezogen.

Das Verhältnis zu den Gegnern, so weit der sozialdemokratische Verband in Betracht kommt, habe sich noch verschärft durch die bekannte Taktik des neuen Gauleiters, die selbst von seinen eigenen Mitgliedern mißbilligt werde.

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Ausführungen vorbereitete sich Zentralvorsitzender Kollege Schiffer über „Die Lage unseres Verbandes und die nächsten Aufgaben desselben“.

Hierauf ging Redner des näheren auf die Finanzverhältnisse unseres Verbandes ein. Die Ausperrung im Münsterlande habe rund 150000 M. verschlungen und dennoch seien unsere Kassenverhältnisse besser als bei anderen Gegnern.

Die Bezirkskonferenz für den Bezirk Südbayern, welche am 6. August 1911 in Augsburg in der Schillerhalle stattfand, erklärt sich mit den Ausführungen des Zentralvorsitzenden Kollegen Schiffer bezüglich Einführung eines Lokalbeitrages einverstanden.

„Die Bezirkskonferenz für den Bezirk Südbayern, welche am 6. August 1911 in Augsburg in der Schillerhalle stattfand, erklärt sich mit den Ausführungen des Zentralvorsitzenden Kollegen Schiffer bezüglich Einführung eines Lokalbeitrages einverstanden.“

Stärkung der Zentralkasse mit Rücksicht auf die Ausperrungsgelüste der Scharfmacher eine unbedingte Notwendigkeit ist, und daß durch die Einführung eines Lokalbeitrages die Zentralkasse von den örtlichen Ausgaben entlastet wird.“

Berichte aus den Ortsgruppen.

Ayl in Bayern. Obwohl in unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ von diesem Orte noch wenig zu lesen war, so hat trotzdem unser Verband dort schon lüchlig gearbeitet. Schon im Jahre 1907 wurde eine Ortsgruppe für unseren Verband errichtet, die aber dann bei Eintreten der Krise wieder „in die Brüche“ ging.

Das ohne starke Organisation die Wünsche der Arbeiterschaft nur mangelhaft oder gar nicht erfüllt werden, das beweist die Eingabe, welche die Arbeiterschaft vor einigen Wochen an die Direktion richtete. Die Lohnforderung wurde rundweg abgelehnt „wegen schlechten Geschäftsganges“.

Bamberg. Aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens hielt unsere Ortsgruppe am 4. August im Volksgartenfeste in Gaustadt eine kleine, aber wohlgeleitete Feier ab. Der Vorsitzende, Kollege Siedler, begrüßte die erschienenen Mitglieder, namentlich den Vertreter des Zentralvorstandes, Kollegen Camps aus Münster, und wies hin auf die Bedeutung und Erfolge, die der Verband errungen habe.

Goesfeld. In Nr. 33 des sozialdemokratischen „Textilarbeiters“ befaßt sich ein Artikelschreiber mit den Zuständen in den „Vereinigten Wuntweberien“ (Alt-Wei.) am hiesigen Orte. Auf Wahrheitsliebe und Objektivität kann der Artikel keinen Anspruch machen.

„In dem Betrieb an der Bahnhofstraße ist es ebenso. Hier kam es zwischen dem christlich organisierten Lagermeister P. und dem christlich organisierten Weber M. zu einem Konflikt (au! Ann. d. Berichterst.), das in Tätlichkeiten ausartete.“

Hierauf müssen wir zunächst erwidern, daß der Lagermeister P. gar nicht organisiert ist und der Schreiber des Artikels jedenfalls eine „rotgefärbte Brille“ auf hatte, als er die Feststellung machte, der Lagermeister P. sei christlich organisiert.

„Ausgearbeitete Forderungen will man schon vor einem halben Jahre im kath. Arbeiterverein liegen gehabt haben, aber eine Fabrikversammlung darf nicht einberufen werden, sonst kommen die Schächten mit den Sozis zusammen, und das muß man vermeiden.“

welches sie bei der letzten Aussperrung, am hiesigen Orte an den Tag gelegt haben, ein Zusammenarbeiten der beiden Verbände zur Unmöglichkeit machen? Ursächlich dieser Vorgänge ist auch aus den Kreisen unserer Mitglieder mehrmals der Antrag gestellt worden, nicht mehr mit den „Deutschen“ zusammen zu arbeiten, was denn auch in der Generalversammlung am 22. Juni einstimmig beschlossen wurde. Weiter wird dann in dem Artikel unter Bezugnahme auf die so hohen Lebensmittelpreise am Orte usw. erwähnt, Hundefleisch sei heute für den Coesfelder Weber ein Vederbissen. Wir glauben nicht, daß die Coesfelder Weber so sehr an „Geschmacksverirrung“ leiden; möchten aber doch gerne wissen, welche Weber wohl damit gemeint sind. Vielleicht diejenigen, welche allabendlich an den Promenadenenden sich aufhalten? Uns sind solche Weber oder Arbeiter, welche die „Lederen“ Hunde verspeisen, noch nicht bekannt. Ferner wird noch in dem Artikel gefaselt, von Dugenden, die das christliche Lager verlassen. Nur schade, daß sie nicht zu dem großen, allmächtigen „deutschen“ Textilarbeiterverband übergetreten sind.

Zum Schluß möchten wir dem Schreiber noch danken für die sonstigen „Liebenswürdigkeiten“, welche er uns in dem Artikel widmet. Jedoch sei uns gütigst gestattet, zu bemerken, daß unsere „Tippen“ noch in Ordnung sind und wir folglich einen „Nippenstoß“ nicht nötig haben. Nach unserer Meinung wäre derselbe anderswo besser angebracht. Wie wär's mit Sachsen-Thüringen? Man fege dort mal vor den „roten“ Türen. Vor unseren „schwarzen“ lohnt sich „das Geschäft“ nicht; da ist's nämlich viel reiner.

Forschheim. Unsere Mitgliederversammlung vom 11. August erfreute sich eines guten Besuchs. Der Vorsitzende, Kollege Buchdrucker, machte nach Eröffnung der Versammlung bekannt, daß ein zweiter Vorsitzender und ein erster Kassierer zu wählen sei. Aus der Wahl gingen hervor Kollege Dohls als zweiter Vorsitzender und Kollege Kupfer als Kassierer. Dann berichtete Kollege Kupfer über die in Bamberg stattgefundene Bezirkskonferenz. Er hob die wichtigsten Punkte hervor, besonders die Schaffung von Lokalbeiträgen. Hierauf hielt Kollege Wittkind aus Bamberg einen Vortrag über das Thema: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und unsere Aufgaben innerhalb derselben“. Der Beifall am Schluß seiner Ausführungen und die daran anschließende Diskussion bewies, daß der Redner verstanden worden war. In der Diskussion wurde betont, daß der Einzelne mehr als je zur Stärkung unseres Verbandes beitragen müsse. Mit Worten des Dankes an die Anwesenden und an den Referenten schloß Kollege Buchdrucker die schon verlaufene Versammlung.

Hannover-Linden. „Verlängerung der Arbeitszeit, höherer Lohn“, das ist das Motto, welches den Arbeitern immer von allen Seiten als ein erstrebenswertes Ziel dahingestellt wird. Und mit Recht. Ja, die Genossen haben sogar den „Weltfeiertag“, den 1. Mai, zur Demonstration für den Achtstundentag festgesetzt und fordern von ihren Anhängern die Teilnahme an diesem Kummel. Besonders der „Textilarbeiter“ macht schreiende Reklame für diesen Tag.

So die Theorie! Wie aber die Praxis? Ist da neulich bei der Firma Neuberg ein Maschinendefekt vorgekommen, zu dessen Beseitigung 3 1/2 Stunden gebraucht wurden. Das gab dem früheren Obmann Veranlassung, aber ohne einen Auftrag vom übrigen Ausschuss noch von sonst jemandem zu haben, beim Chef die 10 stündige Arbeitszeit, wo die Arbeiter eine 9 stündige vertragsmäßige Arbeitszeit haben, für 1 1/2 Woche zu beantragen. Mit der Motivierung, das Material sei die letzte Zeit schlecht gewesen und der Verdienst dadurch geringer geworden. Also, wenn schlechtes Material verarbeitet werden muß, beantragt dieser patentierte Arbeitervertreter anstatt Vergütung, Verlängerung der Arbeitszeit. Was sagt denn da der „deutsche“ Himmst zu seinen Erziehungsfrüchten? Auch auf die Antwort des Genossen B. sind wir sehr gespannt!

Thiengen-Unterlauchringen. Unsere letzte Versammlung hielten wir am 15. August im „Deutschen Kaiser“ in Unterlauchringen ab. Als Delegierte zur Bezirkskonferenz wurden die Kollegen Siebold und Armbruster gewählt. Drei weitere Kolleginnen werden als Gäste teilnehmen. Kollege Siebold wird sodann noch kurz auf die Notwendigkeit der Stärkung unserer Verbandskasse hin. In der folgenden Diskussion sprach sich ein Kollege für Einführung der Lokalbeiträge aus.

Soziale Rundschau.

Die Kinderarbeit und die rote Bergarbeiter-Internationale. Auf dem diesjährigen internationalen Bergarbeiterkongress stand ein Antrag zur Verhandlung, welcher die unterirdische Beschäftigung von Personen unter 16 Jahren gesetzlich verboten wissen wollte. In Deutschland ist längst ein solches gesetzliches Verbot erlassen. Es wird auch durchgeführt, abgesehen von geringen Ausnahmen im Mansfeldischen und in Oberschlesien. In allen anderen bergbaureichenden Ländern existiert ein solches Verbot nicht. Nach Angaben, die auf dem Kongress gemacht wurden, sind in England 6443 Kinder im Alter von 13 bis 14 Jahren und 43867 im Alter von 14 bis 16 Jahren unterirdisch beschäftigt. In Belgien waren 2663 Knaben zwischen 12 und 14 Jahren und 4238 Knaben im Alter von 14-16 Jahren unter Tage tätig. Die belgischen und deutschen Genossen legten sich für den Antrag sehr ins Zeug, fanden aber nur sehr wenig Gegenliebe. Die Engländer, die den Antrag auf allen vorhergehenden internationalen Bergarbeiterkongressen immer abgelehnt hatten, haben sich jetzt insofern gebeßert, als sie damit einverstanden sind, daß die unterirdische Grubenarbeit unter 14 Jahren verboten wird. Die Franzosen enthielten sich der Stimme; sie wollten erst einen anfänglichen Minimallohn für die Grubenarbeit eintreten. Die Macht und der Einfluß der roten Internationale hat also auch in dieser wichtigen Sache mal wieder vor den nationalen Gepflogenheiten kapitulieren müssen.

Aus dem Jahresbericht der Seidenberufsgenossenschaft. Die Berufsgenossenschaft zerfällt in zwei Sektionen, Sektion I umfaßt Nord-, Ost- und Westdeutschland, Sektion II Süddeutschland einschließlich Elsaß-Lothringen. Die Zahl der der Berufsgenossenschaft unterstellten Betriebe betrug 3855, 228 mehr als im Vorjahr. Von

den Betrieben entfallen 3336 auf Sektion I, 519 auf Sektion II. In 1605 in vorgenannten Zahlen bereits enthaltenen Betrieben arbeitete der „Unternehmer“ allein. Die Gesamtzahl der beschäftigten Personen belief sich auf 75180, Sektion I 54751, Sektion II 20429; der Durchschnittslohn stand in Sektion I auf 982,74 M., in Sektion II auf 798,70 M. Er ist in ersterem Bezirk um 37,40 M., in letzterem um 19,44 M. gegenüber 1909 gestiegen. Der Bericht bringt zum erstenmal auch eine Zusammenstellung über die Zahl der Arbeiterinnen und deren Durchschnittslöhne. Darnach waren von den 70712 in der Statistik berücksichtigten Personen 35594 Arbeiterinnen, das ist über die Hälfte. Besonders groß ist die Zahl der Arbeiterinnen in der süddeutschen Seidenindustrie. Sie belief sich auf 13259 bei 20429 überhaupt beschäftigten Personen, während im I. Bezirk bei 54751 beschäftigten Personen 22335 Arbeiterinnen gezählt wurden. Gerabezu horrent sind die Unterschiede in der Entlohnung der männlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen. Im I. Bezirk belief sich der Durchschnittslohn der männlichen Arbeiter auf 1193,79 M. oder 3,98 M. pro Tag, jener der Arbeiterinnen auf 718,12 M. oder 2,39 M. pro Tag. Im II. Bezirk verdienten die männlichen Arbeiter durchschnittlich 1046,68 M. oder 3,49 M. pro Tag, die Arbeiterinnen 671,25 M. oder 2,24 M. pro Tag. Zwei interessante Momente, die allerdings nicht neu sind, treten auch hier wieder zutage, zunächst die geringere Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft überhaupt und dann, je größer die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen, desto geringer auch der Durchschnittslohn für die männlichen Arbeiter. Für uns eine ernste Mahnung, immer eifriger die Agitation unter den Arbeiterinnen zu betreiben.

Die sächsische Textilberufsgenossenschaft veröffentlicht ihren Geschäftsbericht auf das Jahr 1910. Er zeugt von einer sehr günstigen Entwicklung des Industriezweiges. Die Zahl der Betriebe stieg von 6319 im Jahre 1909 auf 6677 im Jahre 1910, die der versicherten Personen von 254805 auf 262905 in der gleichen Zeit. Im Durchschnitt entfiel somit auf einen Betrieb im Jahre 1910 die Zahl von 40 Arbeitern. Die Summe der gezahlten Löhne und Gehälter erhöhte sich von 193 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 205 Millionen Mark im Jahre 1910. Auf den einzelnen Arbeiter entfällt im Durchschnitt an Jahresarbeitsverdienst der Betrag von 783,30 M. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug 2525, das sind 66 weniger als im Vorjahr 1909. Erstmalig entschädigt wurden 667 Unfälle, das sind 10 mehr als im Vorjahr. Gegen 20 Prozent der Beschädigten wurde Verurteilung eingeleitet. Die Genossenschaft hatte im Jahre 1910 eine Ausgabe von insgesamt 1147556 M. Davon entfallen auf Renten für Verletzte 719754 M., Kosten des Heilverfahrens 14327 M. usw. Die Genossenschaft hat ein Vermögen von 2762524 M.

Versammlungskalender.

- Cottbus.** 9. Sept., 8 Uhr, im evangelischen Vereinshaus, Spreestr. 12.
- Vorstand.** 10. Sept., 1/2 8 Uhr, bei Friz von der Linnepe, Vorstand- und Vertrauensleuteversammlung.
- Embsditten.** 4. Sept., 10 Uhr, bei Laumann, außerordentliche Generalversammlung.
- M.-Waldbach-Besich.** 2. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Hubert Ruffbaum.
- M.-Gladbach-Waldhausen.** 9. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Uebach, Waldhausenerhöhe.
- Greifzth.** 3. Sept., 11 Uhr, bei Wm. Hammes, Vorstand- und Fördererversammlung.
- Greven.** 1. Sept., 8 1/2 Uhr, bei Wimminghoff, Generalvers.
- Heck-Nienborg.** 3. Sept., 6 Uhr, bei Hoffkamp, Nienborg, öffentliche Versammlung.
- Seidenheim.** 4. Sept., 1/2 8 Uhr, bei Hirsch, öffentliche Versammlung.
- St. Hubert.** 3. Sept., 10 1/2 Uhr, bei Hugo Fiken.
- Kienkerf.** 10. Sept., 11 1/2 Uhr, bei Joh. Spilmanns (kleiner Saal oben).
- Schaag.** 10. Sept., 10 1/2 Uhr, bei Franz Plüden, Generalvers.

I. Verbandsbezirk Krefeld.

Die ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 24. September, in der Reichshalle zu Krefeld statt. Sie beginnt morgens punkt 11 Uhr. Die Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden. 2. Wie gewinnen wir neue Mitglieder? 3. Vortrag eines Zentralvorstandsmitgliedes. — Alle Ortsgruppen werden gebeten, die Delegierten pünktlich und vollzählig zu entsenden. Mit kollegialem Gruß!

Der Bezirksvorsitzende: Jakob Pesch.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Emilie Philipp in Schiffbeck.
 - Hermann Jansen in Imgenbroich.
 - Anna Schmitter in Dülken.
 - Leonard Jorissen in Rheydt.
 - Wilhelm Andreas Hase in Hinsbeck.
 - Christliebe Baumgärtel in Greiz.
 - Emilie Trefer in Zell i. W.
 - Heinrich Steverding in Rhede.
 - Magaretha Max in M.-Stadbach.
 - Anton Fassbender in Viersen.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Fürsorge für die Abwanderer vom Lande. Zweite Auflage (4. bis 6. Tausend). Soziale Tagesfragen. 31. Heft. Herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland. 8° (48) Preis 60 Pfg. M.-Stadbach 1911, Volksvereins-Verlag Gmbh.

Inhalt: 1. Kapitel: Umfang der Abwanderung. 2. Kapitel: Religiöse und soziale Schäden. 3. Kapitel: Mittel der Fürsorge. 4. Kapitel: Schutz der abwandernden weiblichen Jugend.

Das schnelle Wachstum unserer Großstädte hält in unverminderter Stärke an. Die Volkszählung von 1905 ergab im Gebiete des Deutschen Reiches 42 Großstädte mit 11509004 Einwohnern. Im Jahre 1910 war die Zahl auf 48 mit etwa 15 Millionen Einwohnern gestiegen. Im Jahre 1907 zählte man in den Großstädten 6476000 Köpfe fremd zugezogener Bevölkerung. Die große Mehrzahl unserer Großstadtbewohner rekrutiert sich also aus zugezogenen, speziell vom Lande. In dieser Wanderung zur Stadt, speziell zur Großstadt, sind beide Geschlechter fast gleichmäßig beteiligt. Es sind besonders die jugendtrafugen, vorantreibenden Elemente der Landbevölkerung, welche zur Großstadt abwandern. Die Loslösung von der Heimat, die Verpflanzung in eine neue, ganz anders geartete Umwelt, hat für die Abwanderer eine Menge von Gefahren im Gefolge, denen nicht wenige zum Opfer fallen. Es ist deshalb eine brennende Frage, wie die Abwanderer einerseits in der Heimat gegen die Gefahren der Großstadt geschützt, und wie sie andererseits in der neuen Heimat erfasst und in den Organismus des kirchlichen und sozialen Lebens können eingegliedert werden.

Das Broichbüchchen, das neben die Presse verläßt, enthält ein reiches statistisches Material zur Abwandererfrage und schildert die verschiedenartigen Mittel der Fürsorge in der Heimatgemeinde sowohl wie am neuen Wohnorte. Für alle, die sich mit Volkswohlfahrt und Erziehung befassen, besonders für die Geistlichen in Stadt und Land, ist das Büchlein ein unentbehrlicher Ratgeber.

Anleitung zum Betrieb einer Rekrutenvorschau. Von H. Meller, Obercornant der Landwehr a. D. (Heft 15 der Staatsbürgerbibliothek.) 8° (51). Preis 40 Pfg. M.-Stadbach 1911, Volksvereins-Verlag, G. m. b. H.

Inhalt: Vorwort. Einrichtung. A. Theoretische Unterweisung: I. Wehrpflicht; II. Die Waffengattungen, Verwendung und Bewaffung; III. Die Uniformen der verschiedenen Gattungen; IV. Aemereinteilung; V. Die Vorgesetzten; VI. Einteilung der Vorgesetzten; VII. Rangabzeichen; VIII. Ehrenbezeichnungen; IX. Der Fahnenstab; X. Allgemeine Pflichten des Soldaten; XI. Soziales; XII. Kurze Uebersicht der preussisch-deutschen Geschichte. B. Praktischer Teil: I. Schießen; II. Turnen; III. Gefang. C. Schlußwort. Anhang: Gedichte.

Die zur Vorschulung zukünftiger Rekruten bestimmte Anleitung ist von dem leider allzufrüh heimgegangenen Verfasser selbst in zehnjähriger Rekrutenfürsorge praktisch erprobt worden.

Die kurze, knappe, dabei leicht verständliche Form der theoretischen und praktischen Unterweisungen kann als Vorbildlich für einen guten Leitfaden gelten. Der Zweck des Heftes ist nicht etwa, den zukünftigen Soldaten derart vorzubilden, daß er beim Eintritt zur Truppe mit den Einzelheiten des Exerzierreglements vertraut zu sein glaubt, sondern ihm allgemein einen Einblick in das Militärwesen und eine Richtschnur zu geben, mit deren Hilfe er sich schnell aus dem Kasernenhof und in der Instruktionssituation zurechtfinden lernt. Neben dem technischen Wissen wird ganz besonders auch die moralische Seite des Soldatenlebens gepflegt, und es ist durch einen Abriss aus der vaterländischen Geschichte sowie durch einen Anhang patriotischer Gedichte und Lieder auch das Moment der Vaterlandsliebe zu seinem Rechte gekommen.

Das treffliche Werk wird ohne Zweifel ebenso sehr dem Rekruten als auch dem ausbildenden Vorgesetzten viel Nütze, Lerner und Anrecht ersparen können und ist dem Heft als Lehr- und Lernbuch weiteste Verbreitung zu wünschen.

Inhaltsverzeichnis.

Wohin? — Artikel: Die Utopie vom sozialistischen Zukunftsstaat. — Jugendliche Arbeiter in der Textilindustrie Preußens. — Englands „Freihandel“. — Die Krefelder Seiden- und Samtindustrie und Färberei im Jahre 1910. — Aus der Arbeiterbewegung: Christlich-national gestimmte Kaufmänner und Freunde der Jugend, die Augen auf! — Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands. — Aussperrung der christlich-organisierten Tabakarbeiter in ganz Westdeutschland. — Zur Zentralisation der katholischen Arbeitervereine. — Ein „zielbewußter“ Freihändler. — Rebellisch geworden. — Gewerkschaftsgelder für Parteizwecke. — Tunkle Ehrenmänner. — Ein Berichtener, ein Polizeikommissar, sechs Schutzleute und — ein Arbeitswilliger. — Auf abhüssiger Bahn. — Vom sozialdemokratischen Steuerprogramm. — Aus unserer Industrie: Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Juli. — Ein Protest des Verbandes Deutscher Buntwebereien gegen die Preisdrückereien. — Die Juteindustrie im ersten Halbjahr 1911. — Aus dem Verbandsgebiete: Verlegung der Zentralhalle. — Arbeitslosen-Berichterstattung. — Zur Frage der Lokalbeiträge. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Borghorst. — Zell i. W. — Aus unseren Bezirken: Konferenz des Bezirks Aachen. — Konferenz des Bezirks Südbayern. — Berichte aus den Ortsgruppen: Ah in Bayern. — Bamberg. — Coesfeld. — Forchheim. — Hannover-Linden. — Thiengen-Unterlauchringen. — Soziale Rundschau: Die Kinderarbeit und die rote Bergarbeiter-Internationale. — Aus dem Jahresbericht der Seidenberufsgenossenschaft. — Die sächsische Textilberufsgenossenschaft. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbetafel. — Literarisches.